

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 86/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Sonabend, den 12. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, 10. Januar 1895.

11. Sitzung.

Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Bronsart v. Schellendorf, v. Bötticher, Schönstedt, Lieberding u. andere.

Die Beratung der Umsturzvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf von Limburg-Sturum (Deutschl.): Die Sozialdemokratie nennt sich Arbeiterpartei. In dem Sinne der Fürsorge für die Arbeiter sind alle anderen Parteien im Hause mehr Arbeiterpartei als die Sozialdemokratie. (Lachen links.) Es ist ebenso unbedeutend von einem berechtigten Kern der Sozialdemokratie zu sprechen. Die Sozialdemokratie ist in keiner Weise berechtigt, ihr Kern ist das Streben nach dem Umsturz, die Arbeiterfürsorge ist kein Charakteristikum der Partei. Von der Sozialdemokratie trennt alle anderen Parteien eine tiefe Kluft, sie ist nicht so harmlos, wie sie hier dargestellt hat. Im übrigen muß ich anerkennen, daß die Auer'sche Rede von seinem Standpunkte aus, sehr geschickt war. Er ist eine sympathische Persönlichkeit und hat mit Finesse und Vorsicht gesprochen. Er hätte sich bei seinen Angriffen auf die Konservativen noch größerer Gründlichkeit heischen sollen. Der Angriff gegen die Grundbesitzer wegen des Bauernlegenens war deplatziert, er mag vor Jahren berechtigt gewesen sein, jetzt ist er es nicht mehr. Jetzt sind die Grundbesitzer froh, wenn sie sich selber erhalten können. Auch bei den Sozialdemokraten leben die Führer und höher Stehenden auf Kosten der Massen. (Sehr richtig! rechts.) Auch bei Ihrer Organisation der Arbeit ist es unbedenklich, daß soviel produziert wird, daß die ganze Masse reichlich und gut leben kann. Es ist gewissenlos, den Arbeitern das Gegentheil vorzureden. Den Sozialdemokraten steht der Sinn für Treue und Glauben dem Staat und der Gesellschaft gegenüber. Sonst könnte nicht ein Führer hier erklären, er schwört den Eid auf Kaisertrone, obwohl er Republikaner ist. — Nebenher behandelt die Stellung des Zentrums zur Vorlage. Der Schluss der Rede Gröbers mit dem Hinweis auf Jesus Christus hat uns sehr sympathisch berührt. (Bravo rechts!) Ebenso die Einleitung der Rede in der er die Gefahren der Sozialdemokratie sehr beherzt schildert. (Sehr richtig! rechts.) Dagegen waren wir mit dem mittleren Theil seiner Rede nicht einverstanden. Das Jesuitengesetz ist nicht wie Herr Gröber behauptet hat, ein Ausnahmengesetz (Wo und Waschen im Zentrum) denn es trifft die ganze katholische Bevölkerung, sondern nur die wenig zahlreichen Jesuiten. (Lachen im Zentrum.) Das Zentrum glaubt die Sozialdemokratie durch die Thätigkeit der Orden überwinden zu können, das glaube ich nicht; in Ländern, wo die Orden unbeschränkt arbeiten, giebt es auch eine starke Sozialdemokratie. Das Zentrum hat die Gefahr, die uns von der Sozialdemokratie droht, noch nicht vollkommen begriffen, sonst würde es nicht die Gelegenheit benutzen wollen, Konzeptionen für seine Sonderinteressen dabei herauszuschlagen. (Sehr wahr! rechts. Unruhe im Zentrum.) Einigkeit ist jetzt wichtiger als je. Es war einer großen Partei nicht würdig, einen Mann wie Gustav Adolph als Mordbrenner durch den Mund des Abg. Gröber bezeichnen zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) Nach dieser Logik wären ja alle Generale und Herrführer Mordbrenner und Verbrecher. — Die einzelnen Bestimmungen der Vorlage müssen naturgemäß elastisch sein, dem Richter muß die freie Entscheidung gelassen werden. Nehmen Sie diese Vorlage ab, so werden die Repressalien, die später nötig werden, wenn es einmal zum Klappen kommt, viel schärfer ausfallen. Glauben Sie dann, daß die Sozialdemokraten, wenn sie einmal zur Macht kommen, mit den Gesetzen gegen uns machen werden? Ich werde hoffen, daß bei der Kommissionsberatung etwas Brauchbares zu Stande kommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Munkel (Freis. Volkspartei): Nach der Meinung des Herrn v. Stumm müßten alle Sozialdemokraten ihrer Gesinnung wegen bestraft werden. Durch einen Zufall des Abg. Singer ist das noch etwas lapidarer ausgedrückt worden. (Heiterkeit links.) Selbst auf die Etappe zu einem solchen Gesetze müßten wir uns aber nicht gern begeben. Strafgesetze sollte man nur dann machen, wenn sie nötig sind, und ohne Grund sollte man die Justiz nicht in den Dienst der Politik stellen. (Sehr richtig, links.) An die Vorlage trete ich im Uebrigen ohne Vorurtheil mit ganz kühlem Herzen heran. Ich gehe sogar noch weiter: ich trete der Vorlage mit dem Wohlwollen entgegen, welches man dem Unglücklichen im Ganzen schuldig ist. (Heiterkeit.) Denn das Kind hat schon bei der Geburt den Vater verloren. (Heiterkeit.) Viel schadet dieser Verlust übrigens nicht, denn die Pflegeeltern nehmen sich vielleicht des Kindes mit mehr Liebe an, als es die eigentlichen Eltern gethan hätten. (Sehr richtig, links. Heiterkeit.) Man verlangt, daß wir die Vorlage mit Vertrauen ansehen sollen, daß wir Vertrauen zu den Männern, die sie eingebracht, und Vertrauen zu unserem Richterstand haben. Ich habe das unbedingte Vertrauen zu allen Männern im Parlament, weil ein Mangel an Vertrauen unparlamentarisch wäre. (Heiterkeit.) Wer steht dafür, daß auf die Männer des neuesten Kurzes ein allernachster Kurs folgt, der da sagt: „Wir brauchen das Gesetz überhaupt nicht“, oder: „Es reicht nicht aus, eine lex Stumm ist nötig“ — vielleicht mit der Singer'schen Verbesserung. (Große Heiterkeit.) Wenn ich Gesetze mache, lasse ich mich vom Vertrauen nicht leiten. Ich gehe davon aus, daß die gute Absicht bei den Herren von der Regierung vorhanden ist, aber auch bei allen Parteien im Reichstage. Kein Mensch will den gewaltthätigen Umsturz; Herr Auer hat ihn ausdrücklich abgelehnt. Und wenn das Einer bezweifeln wollte, so wäre das parlamentarisch unzulässig. (Heiterkeit.) Reulich hat man hier verlangt, daß künftig bei einem Hoch auf den Kaiser Jeder aufstehen solle, und hat das bewirken wollen durch ein Mittel,

wodurch die Immunität des Reichstages aufgehoben worden wäre. Man hat die Verfassung sogar dahin auslegen wollen, daß die Immunität nur besteht, wenn der Abgeordnete nichts Böses thut. Es ist sogar gesagt worden: Aufstehen und Eigenbleiben seien überhaupt keine Meinungsäußerung. Ja, meine Herren, (zu den Konservativen) wenn Aufstehen und Eigenbleiben keine Meinungsäußerung ist, was ist es denn dann für ein Verdienst, daß Sie aufgestanden sind? (Große Heiterkeit.) Interpretationen sind ja unserem Staube eigen, aber vor diesen Interpretationskünsten muß mein Wetteifer erlahmen. Nur wer Furcht hat, ruft nach Strafgesetzen; Wenn wir ein solches Gesetz bekommen sollen, frage ich nach den Ursachen. Was ist denn eigentlich geschehen? Das Sozialistengesetz war ein entschuldbarer Fehler, es entstand unter dem Eindruck trauriger Ereignisse. Es ist zwölf Jahre verlängert und endlich aufgehoben worden, und zwar, wie vielleicht Herr v. Stumm sich erinnert, weil Einlage zu viel verlangt und daher nichts bewirkt. Man rühme nun, wie schön man man ohne das Sozialistengesetz auskame — und in der That, eine bestimmte Klage hat man noch niemals gehört. Was ist denn seit dieser Zeit Besonderes geschehen, was hat sich geändert? Wer bürgt für die Handhabung des neuen Gesetzes? Es soll für Alle gleichmäßig gelten. Wo aber kein Kläger ist, da ist kein Richter und der Kläger ist eine Person, die jeden Augenblick abgesetzt werden kann und den oberen Mächten zu Willen sein muß. Was können wir da in der Wirklichkeit erleben, das kann sich alle Phantasie nicht ausmalen. Wer der Regierung unangenehm ist, wird gefaßt, zunächst die Herren links, aber vielleicht greift man noch weiter rechts, da giebt es auch einige unbedeutende Leute. Ich denke z. B. an den Kollegen Eigl. (Große Heiterkeit.) Wenn eine Gefahr vorhanden ist, so ist sie nicht neu, seitdem es Sozialdemokraten giebt. Seitdem man den guten Kern in der Sozialdemokratie entdeckt hat, und den haben nicht wir entdeckt, sondern Herr Bismarck. Uebelstände sind doch vorhanden, und wenn die Herren links glauben, diese Uebelstände auf ihrem Wege beseitigen zu können, so ist es ihr Recht und ihre Pflicht, den Weg zu wandeln, selbstverständlich unter Beobachtung der bestehenden Gesetze. Wir haben bisher keinen Anlaß, Ihnen nicht zu glauben. Die Vorlage schlägt Strafverschärfungen für Aufforderungen zu Verbrechen vor. Jetzt war das Maximum 1 Jahr Gefängnis. Hat man irgendwo die Erfahrung gemacht, daß dieses Maximum nicht ausreicht. Und dann kommt es immer schärfer und schärfer. Attentate auf Ehe und Familie sollen mit Zuchthausstrafe geahndet werden können. Ich denke an den Fall, daß der Sohn einer sozialdemokratischen Familie beim Militär dient. Verkehrt dann der Sohn in seiner Familie, dann kann die Familie mit Zuchthaus bestraft werden. Wie sind früher die Burschenstrafen verhängt worden, wie hat man die Komplottschmiebereien der jungen Leute in den 40er Jahren bestraft. Jetzt sind diese Ziele längst anerkannt. Wer weiß, ob nicht in 20 Jahren auch andere Ziele anerkannt sind, die jetzt verfolgt werden. Man soll künftig Verbrechen nicht verheerlichen können, die herkömmlichen Verbrechen, wie die Schill's u. A., sollen zwar straflos sein. Er wird sich empfehlen, ein Verzeichniß derjenigen „Verbrechen“ aufzustellen, die straflos verheerlichen werden dürfen. Die Motive wollen es sogar verbieten, daß man ein Verbrechen entschuldbar findet. Man mußte ja unter Bestien zu leben glauben, an der Menschennatur verzweifeln, wenn man nicht bei jedem Verbrechen auch eine entschuldbare Seite entdecken könnte. (Bravo links.) Die Religion soll geschickt werden; welche Religion? Die einzelne bestimmte Religion ist doch schon jetzt durchs Strafgesetz geschützt. Was soll der besondere Schutz der Monarchie? Der Gedanke, ob man in einer Monarchie oder einer Republik glücklicher lebt, mißt doch in Europa, wo es Republiken giebt, frei erörtert werden dürfen. Sollen denn alle Monarchien geschützt werden? Handelt Jemand gegen die bei uns bestehende Monarchie, so unterliegt er den Hochverratsparagrafen, beleidigt er die Träger der Kronen, so wird er wegen Majestätsbeleidigung bestraft. Das sollte doch genügen. Man hat hier die Professoren und die Wissenschaft angegriffen. Vor der Wissenschaft droht keine Gefahr. Sie sucht die Wahrheit zu erforschen, kann dabei wohl einmal irren, findet sie nicht immer gleich, aber sie schreitet auf dem Wege rüstig und sicher vorwärts. Und wenn Herr Gröber sagt: Es giebt kein Heil außer in Jesu Christo. Schön! Aber ich sage, Jesus Christus wollte nicht die Knechtschaft, sondern die Befreiung der Menschenseele. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf. Der Herr Vorredner ist mit dem § 112 nicht einverstanden, er hätte ihn für entbehrlich. Der Meinung bin ich nicht. Dagegen hätte Herr Munkel recht, wenn er von der guten Disziplin in der Armee sprach. Ich hoffe die Armee wird sich als scharfes Instrument erweisen, nach welcher Richtung sie auch einmal eingreifen müßte. Wegen jeden Aufstechungsstoff aber ist das Herz nicht völlig immun. Die Disziplin könnte leiden, wenn wir gewissen Erscheinungen der Neuzeit gegenüber den Kopf in den Sand stecken und Sie die Mittel verweigern wollten gegen Bestrebungen, die systematisch, jede Autorität zu untergraben, jeden Trennbruch als berechtigt hinzustellen gewillt sind. (Auf links: Wagnis!) Ich glaube daß Sie (links) den Soldaten den Rath geben, sich gut zu führen, auch daß Herr Stolle seinem Sohne den Rath gegeben hat, glaube ich, aber ob alle Ihre Hintermänner so denken, bezweifle ich. Sie haben zuviel Franktireurs unter sich, zuviel Leute, die gewerbmäßig agitieren, auch solche, denen die Sache viel zu langsam geht. Mit denen müssen wir rechnen. Wie kommt es sonst, daß ab und an bald in dieser bald in jener Kaserne ein Flugblättchen, ein Lied gefunden wird. Ich frage, wie kommt es daß jetzt weit häufiger Posten angegriffen werden. (Auf bei den Sozialdemokraten: Wo? Sind das Sozialdemokraten.) Nein, meine Herren, es sieht auch keiner von Ihnen so aus, wie einer, der ein Pulvermagazin erbrechen wollte, wenn ein kräftiger Grenadier davor steht. (Große Heiterkeit.) Aber wenn der große Krach kommt, von dem Sie ja immer sprechen, wenn dann der Ruf ertönt, die Herren Reichstagsabgeordneten vor die Front (Auf rechts: Singer, Singer) dann müssen Sie mitthun. Dann ist es mit dem Mundspitzen vorbei, dann muß gepuffen werden. Dann werden wir sehen, was Sie auf diesem musikalischen Gebiete leisten können und wenn die

Noten zuletzt anstehen. (Lebhaftes Bravo rechts.) Ich verlasse das heitere Bild. (Heiterkeit.) Die Mehrzahl der Rekruten kommt unverdorben zum Militär. Es sind fromme gottesfürchtige Soldaten. Es giebt aber auch schon verwahrloste unter ihnen, die in den Werstätten, in Versammlungen verworrenes Zeug gehört haben. (Bemerkung links. Auf: Was wissen Sie davon!) Was ist nun das Schicksal eines bethörten Soldaten. Er erleidet schwere Strafen, die Aufsteiger gehen aber gewöhnlich leer aus. Im Kriege und es kann verschiedene Arten von Kriegszuständen geben (Hört, hört links.) Stellen wir ihn auf den Sandhaufen und lassen ihn schimpflich enden durch das Blei seiner Kameraden. So erfordert es Recht und Gerechtigkeit. (Lebhaftes Auf links: Recht? Recht?) Redne mit erhabener Stimme: So erfordert es Recht und Gerechtigkeit. (Lebhafter Widerspruch links.) Damit wir nicht in solche Lage kommen, fordern wir von Ihnen diese Vorlage. Verweigern Sie uns doch nicht die Mittel dazu. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen links.)

Justizminister Schönstedt: Zu meinem großen Erstaunen hat der Herr Abg. Munkel das Gesetz als unannehmbar bezeichnet, während seine Partei bisher ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, auf dem Boden des gemeinen Rechtes sich bewegende Vorschläge sachlich zu prüfen. Der Abg. Munkel hat sogar die Entbedung gemacht, daß die Vorlage ein Ausnahmengesetz sei. Damit wird er wohl allein bleiben. In weiteren Kreisen des Bürger- und Bauernstandes ist die Meinung vorherrschend, daß das Gesetz unbedingt notwendig ist. (Beifall rechts. Unruhe links. Auf: Beweisen Sie doch das.) Das Gesetz erfährt in seinen Einzelheiten sehr viele Anfechtungen. Es ist sehr leicht, die einzelnen Paragraphen herzunehmen und Fälle zu konstruieren, wo ihre Anwendung absurd wäre. Das kann man aber mit jedem Gesetz machen. Für die richtige Anwendung muß das gesunde Urtheil und die Unabhängigkeit der Gerichte bürten. Haben Sie dieses Vertrauen zu den deutschen Richtern nicht mehr, dann lehnen Sie die Vorlage ab. Sonst müssen Sie sie annehmen eventuell mit den Verbesserungen der Kommissionsberatung. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen (natlb.): Der Herr Abg. Munkel hat mit ein paar wohlfeilen juristischen Wiken (Große Unruhe links) eine Vorlage bekämpft, deren Annahme das deutsche Volk schon lange vom Reichstag erwartet. Wir befinden uns in einer schwierigen und ersten Lage, wir stehen mitten in einer wichtigen Episode des Kampfes zwischen Bürgerthum und Umsturz und da müssen wir eine solche Rede hören. (Unruhe links.) Im deutschen Volk sagt man sich: Wo ist die Autorität in Deutschland? Ist eine tägliche Unterwühlung unserer Zustände ungestört und ungehindert möglich, bis die revolutionären Elemente den Zeitpunkt zum Losbrechen für gekommen erachten und ihren „herrlichen“ Zukunftsstaat errichten? Ich glaube, selbst Herr Richter sieht besser als Herr Munkel die Gefahren ein, die uns von der Sozialdemokratie drohen. Wenn der Abg. Munkel die Sache so leicht behandelt, so sei er mir an Berlin erinnert. Wohin ist es mit dieser Stadt gekommen, die so lange unter dem Einfluß der Partei des Herrn Munkel stand? Und hat nicht Herr Hänel f. B. eine Vorlage zum Erlaß des Sozialistengesetzes entworfen, die in vieler Hinsicht schärfer war, als diese Vorlage? (Hört! Hört! bei den Sozial.) Eine Reihe anderer Staaten hat viel schärfere Maßregeln gegen Anarchie und Sozialdemokratie in letzter Zeit getroffen, als sie jetzt uns vorgeschlagen werden. Und da wurden sich die Herren (z. B. d. Sozial.), daß man sich in Deutschland auch entschließt, bessere Schutzmaßnahmen gegen die revolutionäre Unterwühlung zu schaffen. Auffallend ist dabei nur der Langmuth, mit der man sich das solange hat gefallen lassen. (Beifall b. d. Natlb. und rechts.) Die Sozialdemokratie weiß auf die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien hin. Das wird nicht eher anders werden, als bis die bürgerlichen Parteien einsehen, daß alle ihre Einzelbestrebungen von verwindender Bedeutung sind gegenüber dem großen Kampf mit der Revolution. Abg. Gröber glaubt alle Mißstände auf die Beschränkung der Orden zurückführen zu können. In allen Einzelstaaten, auch in Preußen, giebt es heute eine so große Anzahl Orden wie selten früher und sie wirken sehr wohlthätig. Das Zentrum hat also keinen Grund zur Beschwerde. — Die Kommission wird sich nur mit Einzelheiten beschäftigen können, im Großen und Ganzen kann nichts geändert werden. Die Vorgänge in den Nachbarländern müssen uns eine Warnung sein. Nebenher geht zu einer Besprechung der Einzelheiten über, in denen er gar keine ungeheuerlichen Dinge sieht. Er beglückwünscht den Kriegsminister für sein entschiedenes Auftreten. Für jede revolutionäre Propaganda sei das Eindringen in das Meer die notwendige Voraussetzung auf Erfolg. (Auf b. d. Sozial.: Hammacher, 1848!) Ich habe keine Veranlassung, auf das einzugehen, was 1848 geschehen ist. (Welcher b. d. Sozial.) Das Meer müsse jedenfalls geschützt werden. — Wenn man hier von den verschiedenen Formen des Eigentums gesprochen hat, so ist das Listelei. Die Vorlage soll nur die beschimpfenden Aeußerungen bestrafen, die sich gegen das Eigentum — natürlich nach unseren heutigen Rechtsbegriffen — richten. Die hier vorgebrachten Interpretationen sind ganz unsinnig. Was den Schutz der Monarchie anbelangt, so berücksichtigt die Vorlage nur unsere Verhältnisse; sie will uns schützen gegen die systematische Untergrabung unserer monarchischen Einrichtungen der linken Seite. Die Sozialdemokratie will doch die Monarchie beseitigen. So unaufrichtig werden doch die Herren hier im Hause nicht sein, daß sie das nicht zugeben sollten. Vielleicht ist es jetzt gerade nötig, die Monarchie besonders zu schützen. Frühere Zeiten sind der Monarchie günstiger gewesen, aber bei uns ist die Monarchie noch, Gott sei Dank, fest genug. Unser Fürstenhaus wurzelt im Herzen des Volkes, weil sich unsere Fürsten stets in den Dienst des Volkes gestellt haben. (Bravo, rechts. Widerspruch links.) Friedrich der Große hat gesagt: „Ich bin der erste Diener des Staates“, und diesem Satz sind die Fürsten treu geblieben. Deshalb hat sich auch bei uns die Monarchie, trotz allen Umwälzungen, fest erhalten. Und dieses köstliche Gut wollen wir uns auch nicht nehmen lassen. (Bravo! rechts.)

Herr von Stumm hat freilich gestern nicht die richtigen Abwehrmaßregeln empfohlen. Die Worte von der Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts wären besser unterblieben. Auch die Aus-

wesung halte ich, wenigstens gegenwärtig, für einen Fehler. Es gibt in Deutschland viele sozialdemokratische Vereine mit hunderttausenden von Mitgliedern, die ganz harmlos sind. Soll man diesen allen das Wahlrecht entziehen? Der Arbeiter hat Anteil an den Gütern der Kultur, er muß auch staatsbürgerliche Rechte haben. Es wird sich in der ganzen nächsten Zeit darum handeln, ihnen diesen Anteil an den Gütern der Natur zu verschaffen. Gestügt das nicht, so gehen wir schweren Zeiten entgegen. Der Redner geht dann auf die gegen die Wissenschaft und Professoren gerichteten Angriffe ein. Die deutsche Wissenschaft kann sich mit der eines jeden anderen Landes messen. Ja, es gab einmal eine Zeit, als die deutsche Wissenschaft das Einzige war, was Deutschland Machtvolles besaß, als es noch keine politische Macht hatte, alle Parteien müßten dazu beitragen, daß das Vertrauen der Nation wiederkehre. Der Reichstag vergesse die kleinen Zwistigkeiten und vereinige sich zum Kampfe gegen die Ministerarbeit der Umsturzparteien. (Vehementer Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Barth (Frei. Vereinig.) Der Abg. v. Benningsen hat auf den Abg. Hänel als eine Autorität hingewiesen. Ich kann nun Herrn v. Benningsen auch mit einer Autorität dienen, die er anerkennen wird. Ich Jahre 1875 schlug die Regierung eine Veränderung des § 131 des Strafgesetzes vor, die im wesentlichen auf dasselbe hinauslief, was uns jetzt vorgeschlagen wird. Und damals erklärte der Abg. Lasker, namens der nationalliberalen Partei, die damals mehr denn 100 Mitglieder zählte, daß diese Veränderung des Paragraphen vollständig unannehmbar sei, daß sie für seine ganze Partei außer jeder Verachtung stehe. Was sagt Herr von Benningsen dazu? Herr Hänel kann gar nicht gegen uns zitiert werden, sein Vorschlag beruhte auf der damaligen Situation und ist ohne jede Beweislast für jetzt. Wir müssen uns doch fragen, woher die gewaltige Entwicklung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren kommt? Die Kraft der Sozialdemokratie entspringt dem ungemessenen Glauben an die Staatsomnipotenz. Dieser Glaube aber ist von der Rechten und den Nationalliberalen groß gezogen worden. Alle Klassen wurden von ihnen und den Fürsten Bismarck geradezu aufgereizt, sich an den Staat zu wenden. Vergeblich haben wir, die Vertreter des Individualismus, während der ganzen Periode vor dem Tanz um sozialistische Kolb gewarnt. Jetzt will man dem Sozialismus mit Gewalt beikommen. In der Rede des Herrn von Stamm ist mit bis jetzt beispiellosem Fanatismus gegen den Gedanken der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gekämpft worden. Noch nie ist die Ungeheuerlichkeit der Abneigung gegen jede ruhige Entwicklung so groß zum Ausdruck gebracht worden. Wenn man nach seinem Rezept verfahren wollte, könnte man wirklich vor manchem Professor mit der Unwissenheit nicht halt machen. Ich will den Entwurf nicht a limine abweisen, die Bestimmungen, die sich gegen die Gewaltanwendung wenden, sind zu prüfen, denn ein Rechtsstaat kann seine Ordnung nicht gegen Gewalt aufrecht erhalten. Dabei erkenne ich durchaus an, daß viele Revolutionen sehr segensreich gewirkt haben, sie waren notwendig. Die Schuld an diesen Revolutionen hatten die Machthaber, die nicht gewillt waren, dem Volke das nötige Quantum Freiheit zu bewilligen. Es folgt daraus, daß zur Verhütung gewaltthätigen Umsturzes die Gewährung möglichst großer Volksfreiheit das beste Mittel ist. Deshalb sind die Bestimmungen der §§ 130 und 131 so von Grund aus verfehlt, die die Diskussionsfreiheit so erheblich einschränken wollen. In der jetzigen Fassung ist jede dieser Vor schläge unannehmbar, dazu sind die Bestimmungen zu elastisch. Die Unrechtserhaltung vollster Diskussionsfreiheit ist unser Wunsch, da wir sie als das beste Mittel gegen Gewaltthätigkeiten halten. Die Vorlage will die abstrakten Begriffe der Monarchie, Ehe und Religion schützen. Diese Analogie besteht bei den Süddeutschen. Dort sind alle Dinge, die der König berührt hat, heilig und anbetungswürdig. Die Monarchie hat aber doch mit dem Sitzengelei nicht das Mindeste zu thun. Sie ist doch keine moralische sondern nur eine historische Institution. Man kann doch nur darüber streiten, ob sie als Einrichtung zweckmäßig ist. Die Monarchie ist nur so lange eine lebendige Kraft, so lange sie die herrliche Kritik vertragen kann. Wird die Vorlage Gesetz, so wird man im Volke sagen, wie schwach muß es mit der Monarchie bestellt sein. Freilich will man nur beschimpfende Kritik der Monarchie bestrafen. Aber was wird nicht alles an Interpretationskünsten geleistet! Jede beschimpfende Kritik hat durch die Beschimpfung schon ein gut Theil Wirkung eingebracht. Die beschimpfende Kritik hat nicht entfernt die gefährliche Wirkung wie die sachliche, wissenschaftliche Kritik, die den Herren vom Centrum so verhaßt ist. Die Vorlage stellt in der That die Freiheit der Forschung in Frage, die von Herrn Gröber gezogenen Konsequenzen sind nicht von der Hand zu weisen. Daß sich die Religion nicht als Unterlage für einen strafrechtlichen Schutz eignet, beweist der Ausspruch Schillers, daß er sich zu keiner der historischen Religionen bekenne — aus Religion. Vor manche Kirchenbänke dürfte man, nachdem die Vorlage angenommen ist, nicht mehr zitiern, weil sie sich gegen das Privat-eigentum sehr scharf aussprechen. Christusdomus hat die Reichen Häuser genannt. Ist denn die Vorlage nötig? Ist denn die Sozialdemokratie revolutionärer geworden? Im Gegentheil. Die Führer selbst, soweit sie zu den Vernünftigen gehören, und Sie gehören ja alle dazu (Heiterkeit), wissen ganz genau, daß sie ihren erbittertesten Feinden keinen größeren Gefallen thun können, als zu einem Akt der Gewalt zu greifen. Das liegt im Interesse der Sozialdemokratie selbst, denn nur dann hat sie die weiteren Volkskreise hinter sich, wenn sie sich von der rohen Gewalt fern hält. Und noch ein anderer Grund muß die Sozialdemokratie davon bewahren, zur Gewalt zu greifen. Jede andere Partei hat es viel leichter, wenn sie zur Macht gelangt, ihre Grundzüge zur Anwendung zu bringen. Ob Monarchie oder Republik, das sind untergeordnete Fragen gegenüber den Zielen der Sozialdemokratie. (Sehr richtig bei den Sozialdem.) Es handelt sich für sie darum, eine ganz neue sozialistische Unterlage für die Gesellschaft zu schaffen. Das kann man nicht auf dem Wege der Gewalt. Das wissen die Führer selbst. Die bürgerliche Gesellschaft muß ihre Besonnenheit bewahren und sich nicht von denen mit Forttreiben lassen, die nur Schein der Kraft, thatsächlich aber aus Nothwendigkeit diese Vorlage vorschlagen. Die Säume der Sozialdemokratie wachsen nicht in den Himmel. Durch Unterdrückungsmaßnahmen schweißen Sie nur die differenzierenden Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratie zusammen und hindern ihren Fortschrittsprozess. Als zielbewußter Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft lehne ich die Vorlage in der Hauptsache ab, besonders die Paragraphen 130 und 131, weil sie nur Schaden stiften können.

Abg. Colbus (Gefässer): Wir lehnen die Vorlage ab. Weg mit allen Ausnahmegeetzen jagen wir, die wir unter der Diktatur leiden. Religion, Sitte und Ordnung werden auf diesem Wege nichts gewonnen. Viel wirksamer ist es, die Jesuiten zurückzuführen. Ein einziger Jesuit wirkt gegen die Sozialdemokratie als ein ganzes Regiment Polizeidiener. (Große Heiterkeit.) Auf der Universität Straßburg, die dem Staat Millionen kostet, ist nicht ein Funke von Religion. (Erneute Heiterkeit.) Wir Gefässer verlangen die Aufhebung der Ausnahmegeetze, aber wir bekommen nie, nie und nochmals nie. (Große Heiterkeit.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Vier Sitzungstage hindurch steht nun die Umsturzvorlage schon auf der Tagesordnung, aber die Rednerliste will sich nimmer erschöpfen und

leeren und dabei ist von unserer Partei, die doch die Hauptbetheiligte dabei ist, erst ein Redner zu Wort gekommen. Morgen soll die Beratung zu Ende gebracht werden, morgen wird auch Genosse Frohme auf all die Angriffe antworten, die gegen unsere Partei von fast allen Seiten des Hauses geschleudert worden sind. Die Debatte des heutigen Tages stand an Interesse den Reden der übrigen Tage nicht viel nach. Zwar die Rede des Grafen Limburg-Sturum bot nichts Besonderes; hatte ihm doch gestern Herr von Stamm schon fast alle Rosinen aus dem Kuchen fortgeschnappt. Es war derselbe Faden, nur keine ganz so grobe Nummer. Der Grand-Seigneur war nicht so brutal wie der Keunfischerkönig; ja es entschloßte ihm sogar das hübsche Kompliment, daß unser Auer ihm eine sympathische Persönlichkeit sei. Gleich die folgende Rede des freisinnigen Abgeordneten Munkel regte das Interesse des Hauses auf's lebhafteste an. Der berühmte forensische Verteidiger schnellte gar späte Pfeile gegen die Regierung und die konservativen Parteien ab, die tief ins Fleisch drangen und tödtlich verwundeten. Herrn Munkel folgten zwei Regierungsvertreter: der preussische Kriegsminister und der preussische Justizminister. Herr Bronsart von Schellendorff hielt es für angemessen, eine große militärische Generalpause vom Stapel zu lassen. Wenn er auch als gewandter Debatter in der Form an Munkels Rede anknüpfte, so klangen doch seine Worte gar sehr wie eine „bestellte“ Arbeit. Ein Theil unserer Parteigenossen nahm wohl die ganze Rodomontade viel zu ernsthaft, es hätte der vielen Zwischenrufe nicht bedurft, um die starken Prahlerien des kriegerischen Kriegsministers ins rechte Licht zu setzen. Eine von Byzantinismus triefende Rede hielt der „Staatsmann“ von Benningsen, sein Loblied auf die deutschen Fürsten wollte gar kein Ende nehmen. Auch diesmal wieder forderte der liberale Benningsen zur Gründung eines Mittelbundes auf, diesmal soll aber die Vereinigung dem seligen Kartellbunde verwandt werden. Nicht schlecht war die Abfertigung, die Dr. Barth dem Führer der Nationalliberalen zu Theil werden ließ. Dr. Barth wie der Schlussredner, der elässische Protestler Colbus sprachen sich gegen die Vorlage aus. Wird bei ihrer Ablehnung die Auflösung folgen? Die heutige Rede des Justizministers Schubstedt läßt das zweifelhaft erscheinen.

Die Wahlprüfungscommission beschloß heute die Ungültigkeitserklärung dreier Wahlen zu beantragen. Es sind dies die Mandate von Bichler (Centrum), Greiß (Centrum) und das unseres Genossen Weist. Bichler ist nur mit einer Stimme Majorität gegen einen Wauernbündler im 3. niederbayerischen Kreise gewählt worden. Die Wahlen von Greiß (Köln-Stadt) und Weist (Köln-Land, 1. Düsseldorf) müssen kassirt werden, weil eine ungesetzliche Verschiebung der Wahlkreiseinteilung vorgenommen worden ist.

Berlin. Neben dem umfangreichen sonstigen Material an Gesetzentwürfen dürften dem Reichstage in dieser Session noch zugehen, die Entwürfe betreffend die Reichsfinanzreform, die kommunale Weinbesteuerung, die Börsenreform und die Branntweinbesteuerung.

Die Geschäftsordnungscommission wird sich, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, zunächst nicht mit dem Antrage auf Abänderung der Geschäftsordnung, betreffend die Erweiterung der Disciplinargewalt, sondern mit der Behandlung der Initiativanträge beschäftigen, da dieses alsbald erledigt werden muß, wenn der Reichstag es unternehmen soll, den Stoß von Anträgen aus dem Hause in Angriff zu nehmen.

Der geheime Erlaß betr. Ueberwachung der Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage ist nicht bloß in Preußen, sondern auch in Sachsen und in der freien und Hansestadt Hamburg, ergangen. — Das sind auch die drei Bundesstaaten, die im Punkte Umsturz in einem Topf gehören.

Reichstagsnachwahl. Die durch den Tod des Regierungspräsidenten Steinmann für den Reichstagswahlkreis Diezko-Dyck-Johannsburg erforderliche gewordenen Nachwahl ist auf den 23. Februar anberaumt.

Gegen die Umsturzvorlage sprach am 6. Januar in Wiesbaden der Abgeordnete Dr. Barth von der freisinnigen Vereinigung. Die §§ 130 und 131 erklärte er für durchaus verwerflich, die übrigen in der vorliegenden Form für unannehmbar. Also auch Herr Barth ist zu Verhandlungen bereit.

Die Salzsteuer, die schlimmste aller Steuern, weil sie den kleinen Mann ungleich höher belastet, als die reichsten Leute, hat im Rechnungsjahr 1893/94 in Bayern 4,843,819 Mark ertragen. Es trifft also auf den Kopf der gesammten Bevölkerung pro Jahr eine Mark Salzsteuer.

Der Justizminister hat Stadthagens Beschwärde gegen die Weigerung des Oberstaatsanwalts bei dem Kammergericht, in der bekannten Angelegenheit angeblicher Gebührenüberhebung Anklage gegen Stadthagen zu erheben, abgewiesen. Die Gebührenfrage bildete den Hauptgrund für die Ausstoßung Stadthagens aus dem Anwaltsstande durch den Ehrengerichtshof. Der Reichstag hat auf Stadthagens Antrag 1894 die Vertreibung eines Verfahrens gegen diesen ermöglicht. Jetzt versagt ihm die Anklagebehörde die Erhebung der Anklage, damit also die Möglichkeit, sich gegen die Anschuldigung, die den Vorwand zu seiner Ausschließung geboten hatte, vor Gericht öffentlich zu rechtfertigen.

§ 130. „Öffentliches Anreizen von Bevölkerungsklassen.“ Bekanntlich soll dieser Paragraph eine Verschärfung durch die neue „Umsturzvorlage“ erfahren. Wie wir aber weiter unten zeigen werden, versteht das

Reichsgericht schon jetzt den Paragraphen zu deuten, daß es für Manchen zur Falle werden kann, die ihn in das Gefängniß bringt; oder doch mindestens eine Verurtheilung erleichtert. Es lag folgender Fall dem Reichsgerichte vor:

„Von der Anklage, verschiedene Bevölkerungsklassen an Gewaltthätigkeiten gegeneinander öffentlich anzureizen zu haben, war der Angestellte der Krankenkasse, Genosse Weinheber in Hamburg vom dortigen Landgerichte am 25. Oktober v. J. freigesprochen worden. Er hatte ein Flugblatt in 20,000 Exemplaren herstellen und in Hamburg verbreiten lassen, in welchem die aus der Arbeitslosigkeit herrührenden Zustände besprochen wurden. Dann war auf die Februar-Revolution, auf die Märztag und auf die Zeit der Kommune Bezug genommen und ein Vergleich zwischen diesen drei Revolutionen und dem Erwachen der Natur angestellt worden. Sodann war die Rede vom kapitalistischen Systeme, von der Noth der Arbeitslosen, welche anschaulich geschildert wurde, und schließlich wurde auf die Geldbarstrotzie hingewiesen, der die Schätze aller Welttheile zuströmen. Dann hieß es: Fürchtet man nicht einen 18. März des Proletariats? Drückt man nicht daran, daß, wie die Bourgeoisie einst für ihre Interessen mit den Waffen eintrat, einst auch das Proletariat seine Rechte verteidigen wird u. Das Landgericht erachtete zwar alle sonstigen Thatbestandsmerkmale des § 130 für vorliegend, nahm aber an, daß eine naheliegende Gefährdung des öffentlichen Frieden durch das Flugblatt nicht herbeigeführt worden sei. Deshalb wurde auf Freisprechung erkannt. — Die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wurde in der heutigen Verhandlung der Sache vor dem Reichsgericht durch Herrn Reichsanwalt Schumann für begründet erklärt. Man erhielt nicht aus dem Urtheile, so führte er aus, welche Umstände das Gericht zu der Annahme veranlaßt haben, daß eine Friedensgefährdung nicht vorliege. Eine Friedensstörung wird vom Gesetze gar nicht erfordert; es genügt eine Gefährdung. Das Urtheil, auch eine naheliegende Möglichkeit und begründete Besorgniß vor einer solchen scheine nicht vorzuliegen. Was aber das Gericht unter einer naheliegenden Möglichkeit versteht und ob es eine zeitlich naheliegende Möglichkeit für erforderlich erachtet, darüber erzieht das Urtheil nichts. Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich unter den Ausführenden des Urtheils ein Rechtsirrtum versteckt. Offenbar ist der § 130 für ausgeschlossen erachtet worden, weil es sich um keine gegenwärtige Gefahr handelte. Das wäre aber zweifellos rechtsirrtümlich, es genügt, wenn eine zu Gewaltthätigkeiten geneigte Stimmung hervorgerufen wird. Wenn jene Ansicht Boden gewinnen sollte, dann wäre es dringend angezeigt, den § 130 dadurch eine andere Form zu geben, daß die Worte: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ aus demselben einfach gestrichen werden. Wenn im vorliegenden Falle zu Gewaltthätigkeiten und Revolution aufgefordert wird und das Gericht wollte den § 130 ausüben, so mußte es die Freisprechung in anderer Weise begründen. — Gemäß dem gestellten Antrage hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.“

Wir sehen mit Spannung dem neuen Urtheil des Landgerichts entgegen.

Eine große Vermehrung der Kriegsstärke und Erweiterung der Marine steht uns bevor, wenn es nach den Plänen geht, welche der Kaiser seinen parlamentarischen Gästen dargelegt. Der Kaiser hielt einen zweistündigen Vortrag über die Marine und die Nothwendigkeit ihrer Verstärkung. Der Vortrag wurde erläutert durch Zeichnungen auf großen aufgestellten Tafeln. Die anwesenden Abgeordneten gewannen aus dem Vortrag den Eindruck, daß die großen Forderungen für Schiffsbauarbeiten in dem vorliegenden Marineetat erst die Spitze eines weitumfassenden Projekts zur Erweiterung der Marine darstellen. Der Vortrag schloß nach der Meldung eines Berichtstatters ungefähr mit den Worten: „Machen Sie dem Fürsten Bismarck, dem Begründer unserer Kolonialpolitik, zu seinem 80. Geburtstage die Freude, die für die Flotte geforderten notwendigen Summen zu bewilligen!“ — Wohl noch nie ist von Seiten eines „gekrönten Hauptes“ so auf die Entschließungen der Reichstagsabgeordneten in Bezug auf Geldbewilligungen einzuwirken gesucht worden. Außer Abgeordneten war u. A. Miquel anwesend. Derselbe folgte mit besonders sichtbarem Interesse der Entwicklung der kostspieligen Marinepläne der Zukunft. Na, das kann gut werden!

Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen muß, so folgert die „Voss. Ztg.“ nicht unrichtig, bis zu hohen Stellen hinaufreichen. Einen Beweis dafür sieht das genannte Blatt in der fortlaufenden Zugänglichmachung vertraulicher Aktenstücke für die Öffentlichkeit, speziell durch Vermittelung der sozialdemokratischen Presse. Das Blatt erinnert an die Zeiten der „Glocke“ des russischen Schriftstellers Herzen, die in ähnlicher Weise bedient wurde. Zum Schluß wird dann gesagt: „Alle solche Veröffentlichungen, die nachgerade an die Zustände in der Zeit von Herzen's „Glocke“ erinnern, sind Zeichen einer tiefgehenden Gährung nicht nur in den unteren Regionen, sondern auch an hohen Stellen. Diese Unzufriedenheit in der Gesellschaft kommt der Sozialdemokratie zu Gute. Die Partei wächst, wie viel Umsturzgeetze man auch gegen sie mache; sie wächst nicht sowohl Dank ihrer eigenen, als vielmehr fremder Thätigkeit; sie wächst nicht durch eigenes Verdienst, sondern durch die Fehler Anderer.“

Das sollte man heute nicht vergessen. Wo allenthalben fände man nicht gegenwärtig Förderer der Sozialdemokratie, wenn man Herz und Nieren zu prüfen wüßte? Und wo überall könnte man heute nicht die höchsten, bittersten Urtheile über unsere Zustände hören, wenn man vertraulichen Plaudereien hinter verschlossenen Thüren beiwohnte? Herr Liebknecht erschiene als der Schlimmste nicht, wenn die Wände der Kasino's sprechen könnten. Vielleicht ist es nicht überflüssig, in den Tagen, da man über gesetzgeberische Maßregeln gegen den Umsturz beräth, an Quellen der Unzufriedenheit zu erinnern, die eine Umsturzpartei allenfalls befruchten, aber durch kein Gesetz und keine Polizei verstopft werden können. — Das Alles wissen natürlich die Verfechter der Umsturzvorlage ebenso gut. Sind sie es doch gerade, die ihre Unzufriedenheit am lautesten auf dem Markt ausschreien. Aber sie wollen eben durch Unterdrückung der Sozialdemokratie wie der Arbeiterbestrebungen überhaupt ihrer Unzufriedenheit abhelfen.

Unter'm neuesten Kurs. Während des Monats Dezember wurde erkannt auf 4 Jahre, 10 Wochen und 3 Tage Gefängniß und 2530 Mk. Geldstrafe.

Statt des Ausnahmengesetzes fordert die „Köln. Volksztg.“ Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Das ist zwar recht vernünftig, will aber bei der Schacherpolitik des Centrums sehr wenig besagen. Da man es weder mit der Regierung noch mit dem Volke verderben will, kommt niemals etwas Ordentliches zu Stande.

Großindustrielle und Regierung. In einem Artikel der „Köln. Volksztg.“ wird gewissen Kreisen national-liberaler Millionäre, besonders Industriellen, nachgesagt, daß sie zur Zeit der Regierung das Leben recht unbequem machten, indem sie gegen weitere Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter, die doch in der Thronrede an die Spitze gestellt waren, agitiren. In dem Artikel wird dazu weiter gesagt:

„Man giebt die Parole aus, jetzt müßten die Arbeitgeber geschügt werden, und hegt im Stillen wie öffentlich gegen den Minister v. Berlepsch, der durch einen Agenten des Großkapitalismus ersetzt werden soll. Man glaubt nicht, was Alles von dieser Seite mobilisiert worden ist, um für ein strenges Einschreiten gegen die Sozialdemokratie — wenn möglich mit dem Säbel — Stimmung zu machen!“

Das ist nichts Neues, daß die Stumm und Krupp den Säbel gegen die Sozialdemokratie geschwungen sehen möchten. Auch daß dieselben Herren den Arbeitertrug mehr lieben, als den Arbeiterschutz, ist Niemandem ein Geheimniß geblieben. Aber daß gerade Herr v. Berlepsch die besondere Feindschaft der großindustriellen Millionäre zu fühlen bekommt, ist doch recht betrübend. Von diesen Herren hätte Herr von Berlepsch sicherlich mehr Dank verdient.

Der wahre „Patriot“ denkt jetzt nur an das Heute und ist immerzu, ohne zu überlegen, ob er im Fall der Noth auch noch etwas zu essen übrig hat. Er ist eben ein Patriot von heute; ob er's morgen auch noch sein wird, ist damit aber gar nicht bewiesen, — so schreibt die „Köln. Volksztg.“, die es ja wissen sollte.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Die Ministerkrise ist noch nicht beigelegt. Graf Khuen-Hedervary meldete dem Kaiser, daß er nicht im Stande sei, ein Kabinett zu bilden. In Folge dessen wurden mit Koloman Szell und Baron Banffy neue Verhandlungen angeknüpft. Letzterer soll nun ein Kabinett aus der liberalen Partei mit Ausschluß einer Fusion bilden.

Belgien.

Für die Arbeiter soll endlich etwas geschehen. Wie berichtet wird, theilte der Gouverneur der Provinz Lüttich den Gemeindeverwaltungen mit, daß der Provinzialrath die Einführung eines Mindestlohnes bei Verbindung aller öffentlichen Arbeiten für die Provinz beschlossen habe. Der Mindestlohn wird durch den ständigen Provinzialausschuß nach Anhörung des Gewerberaths festgesetzt. Die Dauer des Arbeitstages darf zehn Stunden nicht überschreiten. Zudem werden die Unternehmer verpflichtet, ihre Arbeiter gegen Unfälle zu versichern. Der Provinzial-Ausschuß beschloß zudem, auch die Bewilligung von Provinzialzuschüssen zu öffentlichen Arbeiten in den Gemeinden zu versagen, wenn nicht obige Bedingungen vorgeschrieben werden. Die Wirksamkeit der Maßregel wird natürlich davon abhängig sein, wie hoch der Minimallohn bemessen wird. Zu seiner Festsetzung mußten vor Allem die Arbeiter-Organisationen herangezogen werden.

Lübeck und Umgegend.

11. Januar.

z. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage für beide Mecklenburg und Lübeck haben sich noch immer, und so auch diesmal, einer gewissen Beachtung seitens der Presse, namentlich der mecklenburgischen, zu erfreuen gehabt. Diesmal ist es die auf dem letzten Parteitage angeschnittene Agrarfrage, die den Herren arge Kopfschmerzen zu verursachen scheint. Sie bestritten es, daß der kleine Bauer unseren Ideen zugänglich ist und vergessen dabei, daß sie selber es gewesen sind, die zu verschiedenen Malen behauptet haben, daß, wenn nicht einmal mit den alten verrotteten Zuständen in Mecklenburg gründlich aufgeräumt würde, das platte Land über kurz oder lang der Sozialdemokratie verfallen müßte. — Natürlich darf kurz nach einem soeben erst beendeten Parteitage so etwas nicht gesagt werden, das spart man sich wohlweislich so lange auf, bis die Wogen sich geglättet haben, und es still über

den Wassern geworden ist. Die „Kostocker Zeitung“ will in ihren „Allerhand Stimmungsbilder“ vom letzten Sonntag glauben machen, daß uns der Wind nur deshalb so günstig wehe, weil wir „die Partei der schärfsten Opposition gegen gewisse sich geltend machende und in so manchen Erscheinungen des Lebens hervortretende Strömungen“ Front machen. Gewiß trifft das in gewissen Beziehungen zu, wir machen immer und überall eine scharfe Opposition und scheuen uns auch niemals, offen und frei auszusprechen, was in Wirklichkeit ist. Hierin liegt gewissermaßen unsere Stärke, und hierin liegen auch unsere Erfolge auf dem platten Lande. Wenn nun aber die „K. Ztg.“ fortfährt:

„Daß dem so sei, daß die Sozialdemokratie nicht als solche, sondern als Partei der rücksichtslosesten Opposition Fortschritte macht, sieht man auch auf sozialdemokratischer Seite recht gut, (1) und, wenn man's auch nicht offen zugeibt, so nimmt man doch gebührend Rücksicht darauf. Der Bericht über den zu Ende des vergangenen Jahres in Lübeck abgehaltenen Parteitag der mecklenburgischen Sozialdemokratie bietet in dieser Beziehung manche lehrreiche Punkte. Zwar der offizielle von der Partei herausgegebene Bericht geht darüber mit begreiflichem Schweigen hinweg, aber andere Berichte wissen von Verschiebungen der Medner zum Punkte „Agrarfrage“ zu melden, in denen eine sehr „vorsichtige Behandlung“ der eigentlichen Pläne der Sozialdemokratie, eine nur allgemein gehaltene Andeutung über den sozialistischen Zukunftsstaat (sic) vor der ländlichen Bevölkerung angetrungen wird. Und es ist jedenfalls nicht von ungefähr, wenn selbst nach dem offiziellen Partei-Bericht der frühere Abgeordnete und Reichstagskandidat Herr Schwarz allerhand Winke über die auf dem Lande zu befolgende Taktik giebt, in deren Ausführungen man „auf dem Lande ebenwienig ein Blatt vor den Mund zu nehmen brauche, wie in der Stadt, sondern sich überall offen als Sozialdemokratie bekennen könne.“ — Noch bezeichnender aber ist es, wenn derselbe Herr Schwarz es für nöthig erachtet, ausdrücklich sich dagegen zu verwahren, als ob die Sozialdemokratie den kleinen Bauern helfen und unter die Arme greifen wolle, um sie in ihrer Stellung zu erhalten. Daran denkt kein Sozialdemokrat!“ — so sagt Herr Schwarz, und dieses offene Geständniß ist im Lichte gewisser Veruche, gerade auf dem Lande vorerst nur die Meinen der sog. „Mittläufer“ zu verstärken d. h. diejenigen Leute, die aus allerhand die Unzufriedenheit erregenden Vorgänge die Partei der schärfsten Opposition stärken, besonders dankenswerth.“

So müssen wir hierauf erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, irgend etwas zu verschleiern oder zu verheimlichen. Der Bericht des „L. W.“ ist so ausführlich und offen, daß wahrhaftig eine größere Deffentlichkeit nicht möglich ist. Die liberale Presse ist aber im Verdrehen von Thatsachen von jeher groß gewesen; sie weiß, daß unsere Preßorgane auf dem platten Lande bis jetzt wenig oder doch ungenügend Eingang gefunden haben und glaubt deshalb, mit leichter Mühe der ländlichen Bevölkerung noch immer mit den schon längst verblassten Phrasen vom Zukunftsstaat gruselig machen zu können, und deshalb auch der Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie nicht gesonnen sei, die dem Untergang geweihten kleinen Bauern, hilfsbereit unter die Arme zu greifen. Wir wissen ganz genau, daß der kleine und mittlere Besitz auf dem Lande, ebenso wie das Handwerkerthum in den Städten, der Konkurrenz des Großkapitals nicht gewachsen ist. Ihr Untergang ist besiegelt und keine Macht der Erde ist im Stande, den Verlesungsprozeß auch nur für eine kurze Spanne Zeit aufzuhalten. Wir würden also in des Wortes wahrster Bedeutung „Bauerfang“ treiben, wenn wir den Bauern eine Hilfe versprechen wollten, die wir gar nicht im Stande sind, leisten zu können. Anders aber die Liberalen; sie versprechen den Bauern alles Mögliche, wenn diese sich nur auf dem liberalen Evangelium einschwürden lassen wollen. Sie meinen, „eine volksthümliche, in liberalen Bahnen sich bewegende, von der Verletzung der Empfindungen des Volkes absehende Politik sei das einzige wirksame Mittel gegen die Ausbreitung der dem Umsturz betreibenden Parteirichtung. Die volksthümlichen Paraderpferde des mecklenburgischen Liberalismus sind zwei alte abgetriebene Gänse. Sie heißen „Verfassungs-“ und „Wildschadenfrage“. Ersteres wird von der Kostockerin gar anmuthig und zierlich geritten. Sie sagt:

„Kündigt die sozialdemokratische Partei doch bereits ihr Nein gegen den mecklenburgischen Verfassungsantrag wieder an! Das steht zwar wohlweislich auch nicht im Partei-Bericht über den Lübecker Tag, aber es entspricht nur dem früheren Verhalten der Partei, wenn in anderen Berichten Aeußerungen verzeichnet sind, denen zufolge die Sozialdemokraten sich weigern, den Antrag Bahn zu machen, welcher bekanntlich auch uns Mecklenburgern durch einen Zusatz zur Reichsverfassung das Recht verschaffen will, durch eine konstitutionelle Verfassung und gewählte Abgeordnete an den unser eigenstes Wohl und Wehe angehenden Dingen mitzusprechen. Der Grund, welcher die Sozialdemokratie glücklich den Standpunkt des Gegners zu diesem Antrage finden läßt, ist der allbekannte: im Antrage Bahn zu machen ist nur davon die Rede, daß in jedem Bundesstaate (also auch in Mecklenburg) eine konstitutionelle Verfassung mit gewählten Abgeordneten bestehen soll, nicht aber über den Wahlmodus etwas gesagt, auf Grund dessen diese Volksvertretung zu Stande kommen soll. Die Sozialdemokraten machen ihre Zustimmung zu dem mecklenburgischen Antrage davon abhängig, daß darin das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht festgesetzt werde. Daß durch eine derartige Fassung des Antrages die Aussichten auf Annahme desselben im Bundesrathe sofort gleich Null würden, wissen — wenn auch nicht die „Genossen“ im Lande, so doch die Abgeordneten im Reichstage natürlich so gut, wie jeder mit der Sachlage Vertraute; denn mit einer solchen Spezialisirung des beantragten Zusatzes zu Art. 3 der Reichsverfassung, würde nicht nur das bis dahin einer konstitutionellen Verfassung überhaupt entbehrende Mecklenburg, sondern es würden alle übrigen deutschen Bundesstaaten getroffen werden, in denen bei den Wahlen zu den Reichstagen nicht das Reichswahlrecht besteht — d. h. so ziemlich alle ohne Ausnahme! Dabei schließt ja die mecklenburgische Antrag in seiner bekannten Form dieses Wahlrecht grundsätzlich gar nicht einmal aus; er bezieht ja doch nur, endlich einmal unser Verfassungsfrage zur Lösung zu bringen. Um ein bekanntes Wort anzuwenden: „Den Rod wollen uns dann schon selber machen.“ Aber daß dieser Rod nur erst überhaupt in Arbeit genommen wird, dazu soll der Antrag Bahn zu machen uns verschaffen.“

Die Sozialdemokraten aber stehen hier auf dem rein theoretischen Grundsatze: Alles oder nichts! und wollen lieber Alles beim Alten gelassen sehen, helfen lieber die altständische Verfassung konserviren und hindern an ihrem Theile, daß überhaupt erst einmal in dieselbe Verlesung gelegt wird! Und dieser Handlungsweise ergeht sich klar der Unterschied zwischen liberaler und sozialdemokratischer Methode! Sobald erstere Raum gewinnt, sich zu betätigen, wird in der herrschenden Stimmung weithin eine Beruhigung sich geltend machen, und sobald damit die Sozialdemokratie nicht mehr auf die Mahnung hoffen darf, welche sie aus der Stimmung schöpft, die zur schärfsten Opposition hindrängt, wird sie in die Periode des Stillstandes eintreten, welche der Rückbildung vorausgeht.“

Die Sozialdemokratie will — und das mit vollem Recht — den „ganzen Rod“ haben. Sie wird sich nie dazu verstehen, dem Liberalismus die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wollen die Liberalen in Mecklenburg ehrlich sein und einen Verfassungsantrag stellen, in den dem mecklenburgischen Volke das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gewährleistet wird, so wird auch die Sozialdemokratie diesem Antrage ihre Zustimmung nicht versagen. Heute aber, in einer Zeit, wo überall gegen die alten Stände- und Zensuswahlsysteme Sturm gelaufen wird, sich für eine Verfassung ohne der Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu erwärmen und dafür zu stimmen, kann man der deutschen Sozialdemokratie nicht zumuthen und wir glauben, auch der überwiegenden großen Mehrheit des mecklenburgischen Volkes nicht. Die Sozialdemokratie wird, darüber kann die „K. Ztg.“ sich nur beruhigen, vor wie nach ihre eigenen Wege gehen und mit der schärfsten Opposition gegen die sich geltend machenden Schäden ankämpfen, und sie wird siegen.

Eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Umsturzvorlage“, findet am Sonntag den 12. Januar Abends halb neun Uhr in den Centralhallen statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wollen wir nicht unterlassen, unsere Leser noch besonders darauf aufmerksam zu machen. Es ist Pflicht jedes frei denkenden Mannes, zu erscheinen.

Schlachter aufgewacht! Im Anzeigentheile der Nr. 10 unseres Blattes befand sich eine Anzeige, in welcher der Besitzer des Etablissements „Neu-Lauerhof“ sämtlichen Schlachtergesellen den Zutritt zu seinem Etablissement untersagt. Wir würden diese Anzeige nicht aufgenommen haben, wenn nicht über dem Anzeigentheile ausdrücklich vermerkt ist, daß wir, dem Publikum gegenüber, für die Inserate keinerlei Verantwortung übernehmen. Es hat also der Inserent dem Publikum, hier also den Schlachtern, gegenüber die Verantwortung für den Inhalt des Inserats selbst zu übernehmen. Wir wollen aber ebenso wenig dem Herrn Inserenten, wie auch den Schlachtergesellen einen Vorwurf machen. Wir sind aber der Ansicht, daß dies Inserat nicht erlassen worden wäre, wenn es sich dabei um eine festorganisirte Gewerkschaft gehandelt hätte. Man weiß, daß mit einer solchen nicht zu spaßen ist, und daß diese selbst in ihren Reihen auf Zucht und Ordnung sieht. Wir glauben aber auch, obgleich wir zugeben, daß es unter den Schlachtern viele giebt, die gern ihre Maulstift betätigen, daß es unter ihnen auch eine ganze Anzahl von Leuten giebt, die sich sehr gut in einer Gesellschaft zu bewegen wissen und das Gebahren ihrer Kollegen mißbilligen. Ebenso wird es auch vielleicht sehr häufig vorkommen, daß von den Letztgenannten einige, durch das den Berufskollegen nun einmal innewohnende Gefühl der Zusammengehörigkeit auf ganz unschuldige Weise in solche Streitereien und Schlägereien verwickelt werden. Um so unverständlicher ist es aber, daß bei den Schlachtergesellen dieses natürliche Gefühl der Zusammengehörigkeit noch nicht so weit zum Durchbruch kommen kann, daß sie sich eine wahrhaft freie Organisation gründen. Die Organisation hat nicht allein den Zweck, ihre Mitglieder vor Ausbeutungen und Anmaßungen zu schützen, sie ist auch berufen und geeignet, eine ganz hervorragende erzieherische Wirkung auf dieselben auszuüben. Ebenso wie es in anderen Ständen Arbeiter giebt, welche gerne Streit und Händel suchen, ebenso giebt es auch unter den Schlachtern Leute, welche sich in Bezug auf Bildung und Moral mit den ersteren messen können. Diesen Schlachtern aber gelten diese Zeilen; sie sollen bezwecken, den Schlachtern gerade an diesen Vorfälle die Nothwendigkeit der Organisation zu beweisen. Daher rufen wir allen jenen Schlachtergesellen, welche die Erniedrigung einsehen, die für die Schlachtergesellen überhaupt in solchem Inserat, dessen Berechtigung wir unter den obwaltenden Umständen allerdings nicht ganz bestreiten können, liegt, zu: „Organisirt Euch! Schließt Euch dem um seine Besserung, um die Besserung seiner Lage kämpfenden Proletariat an! Auf zur Organisation!“

Eintragung in das Handelsregister. Am 9. Januar 1895 ist eingetragen: auf Blatt 584 bei der Firma S. W. von Dören: Der Gesellschafter Heinrich Wilhelm von Dören ist ausgetreten; am 10. Januar 1895 ist eingetragen: auf Blatt 137 bei der Firma J. C. Engelhard u. Söhne: Die Prokura des Carl Nicolaus Heinrich Engelhard ist erloschen.

Verlesene Testaments. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abtheilung I, ist verlesen worden: das gegenseitige Testament der Geschwister Maria Auguste Wilhelmine (verstorben hier selbst) und Christine Magdalena Dorothea (Doris) Havemann vom 19. Dez. 1890.

Ein Dreiradbrand wurde einem Matrosen des Dampfers „Heli“ von einem Heizer im Hafen von Neval gestohlen.

Ein Stubenbrand, allerdings kein erheblicher, entstand in der Vorbeckstraße dadurch, daß der Eigentümer der Stube unvorsichtig mit einem Streichholz umging.

Anzeigepflichtige Krankheiten. Im Monat Dezember 1894 wurden beim Medizinalamt gemeldet: Diphtherie 13, Masern 4, Scharlach 29 und Typhus 3 Fälle. Tödtlich verlief keine Krankheit.

Jugendlicher Messerheld. Auf der Eisbahn vor dem Burgthor geriet am Dienstag Abend mehrere Knaben in Streit. Einer derselben hatte ein Faunbillet genommen und wurde daher von den übrigen aufgefordert, die Bahn zu verlassen. Der Bedrängte schlug mit einem geöffneten Messer um sich und verletzte dabei einen Knaben am Oberschenkel.

Ein **Kassendiebstahl** wurde vor Kurzem bei einem Klempnermeister in der Königstraße verübt. Es wurden ca. 6,50 Mark aus der Ladenkasse entwendet. Der Verdacht des Diebstahls fällt auf ein 12-jähriges Mädchen. Auch der kurz vorher in der Hühnerstraße vorgekommenen Diebstahle soll dasselbe verdächtig sein.

Heilverfahren für Lungenkranke Versicherte. Es wird als ein wichtiger Erfolg des Heilverfahrens an lungenkranken Versicherten betrachtet, daß diejenigen, welche in Heilstätten behandelt sind, lernen, besser als bisher Gesundheitschädlichkeiten zu vermeiden und genauer als bisher alle Maßregeln zu beobachten, welche geeignet sind, den Gesundheitszustand zu bessern. Das, was die betreffenden Personen durch das ihnen zu Theil gewordene Heilverfahren in dieser Beziehung gelernt haben, beschränkt sich in seinen Wirkungen aber nicht bloß auf diese allein, sondern überträgt sich durch ihre Vermittlung auch auf weitere Kreise. Um den in dieser Beziehung zu erreichenden Erfolg thunlichst zu steigern und dafür zu sorgen, daß das in der Heilstätte wegen der Vermeidung von Gesundheitschädlichkeiten Gelernte nicht wieder verloren geht, hat die Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung eine kurze Zusammenstellung von Rathschlägen für Lungenkranke drucken lassen und händigt jedem Versicherten, der

in einem Sanatorium auf ihre Veranlassung behandelt ist, ein Exemplar davon ein. Es werden darin kurz und in gemeinverständlicher Weise die Punkte angegeben, die bei der Wahl der Wohnung und bei deren Lüftung, hinsichtlich der Vermeidung von Räumlichkeiten, in denen sich zahlreiche Personen aufhalten, in Betreff der zu bewahrenden Sauberkeit, der Haut- und Mundpflege, der Behandlung des Auswurfs, ferner wegen der Nahrung und wegen der Vermeidung spirituöser Getränke, sowie bei der Wahl der Beschäftigung und beim Zusammenleben der Familienglieder zu beobachten sind.

Stockelsdorf. Durch unsern sogenannten „Entkoppel“ wird vom Gemeinde-Vorstand bekannt gemacht, daß die Gemeinde-Steuerliste beim Gemeinde-Rechnungsführer, Lehrer Green auf 14 Tage zur Einsicht ausliegt.

Hamburg. Aus der Kabinenwache entlassen wurde Montag Vormittag Genosse Heine, nachdem er dort fünf Monate lang Staatsquartier inne gehabt hatte. Die fünf Monate hatte sich Heine zugezogen, als er in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur des „Echo“ einer Wochenplauderei Aufnahme gewährte, durch welche der Senat sich so gekränkt fühlte, daß er der Staatsanwaltschaft die Genehmigung zur Strafverfolgung Heines ertheilte. Genosse Heine hat die fünf Monate gut überstanden und es ist zu hoffen, daß ihm durch die lange Sitzung kein dauernder Schaden an seiner Gesundheit erwachsen ist. Keineswegs dürfte aber seine Zufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen im „Rechtsstaat“ gewachsen sein.

Hamburg. Die Umsturzvorlage. Wie wir schon mittheilten, waren auf Montag, 7. Januar, Abends, von Seiten der Partei 15 Volksversammlungen einberufen, welche sich mit der Umsturzvorlage beschäftigten. Dieselben waren äußerst zahlreich besucht und wurden die von unseren bewährtesten Genossen gehaltenen Reserate

mit großen Beifall aufgenommen. In sämmtlichen Versammlungen wurde gleichlautend folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung betrachtet die sogen. Umsturzvorlage als ein gemeinschädliches, dem Kulturfortschritt widerstrebendes Produkt, welches geeignet ist, die friedliche Entwicklung zu hemmen. Sie erblickt in der Vorlage eine Bankrotterklärung der herrschenden Klassen, dazu angethan, Furcht und Schrecken zu erregen, um unter diesem Merkmal um so bequemer einen neuen Aderlaß am Volkskörper vornehmen zu können. Die Versammelten fordern deshalb alle Abgeordneten, welche auf den Ehrentitel eines Volksvertreters mit Recht Anspruch erheben wollen, auf, auch der Vorlage ein unbedingtes entschiedenes Nein entgegenzusetzen und erklären ihrerseits, allen reactionären Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen zu wollen.“

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 10. Januar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1250 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verhandtschweine schwere 48—50 Mk., leichte 47—48 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 47—49 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde:

Angelommen:	
12,30 U. N. D.	Donnerstag, den 10. Januar.
	Livadia, Bendfeldt, von Jüttern.
	Freitag, den 11. Januar 1895.
5,30 U. B. D.	Halmstad, Lundin, von Kopenhagen in 12 Stb.
Abgegangen:	
12,20 U. B. D.	Donnerstag, den 10. Januar.
	Falke, Ehler, nach Fehmarn.
	Freitag, den 11. Januar 1895.
6,— U. N. D.	Halland, Petersson, nach Kopenhagen.
	Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,82 m D.M., mäßig.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Afrika ist am 10. d. M. in Hangß angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Geschäfts-Anzeigen.

Geschäfts-Eröffnung.
Allen meinen Freunden und Gönnern hierdurch zur Kenntniß, daß ich Untertrave 77 ein **Barbier- u. Friseur-Geschäft** eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll **Heinr. Haase.**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
Frische Brodwurst
 und
Kopffleisch
 empfiehlt
Aug. Scheere
 Holstenstraße 27.
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Ohne Concurrrenz!
Gebr. Cassee
 (großbohlig)
 Pfund 1.— Mark,
 bei Partien billiger.
August Jensen
 Gartenstraße 21.
 Gute Pflanzen, à Pfd. 20 und 25 Pf.
 Salzgurken, 5 und 8 Pf.
 Gutfischende Erbsen, à Pfd. 12 Pf.
 Weiße Bohnen, à Pfd. 15 Pf.
 sowie rothe Beeten u. Kronenbeeren billigst.
C. Schwarzbach, Glodengießstraße 89.

Prima echte Sprossen
Prima Fett-Büdlinge
 (Alles in ganz frischer Waare)
 empfiehlt
Wilhelm Koch, Rosenstraße.
 NB. Besonders schön zum Versandt.
 In der Jahres-Abrechnung der Schweine-Versicherungs-Gilde Vorstadt St. Gertrud muß es bei den Ausgaben heißen: Versammlung des Vorstandes 19,60 Mk., hat 19 Mk.
 Gesucht tüchtige Brodtträger bei gutem Verdienst.
Neue Meierstr. 39, b. d. Hanfstraße.
 Am 1. Februar ein Mädchen zu allen häuslichen Arbeiten.
Königsstraße 52.

Erstes gr. Bockbierfest
 der **Adler-Brauerei**
 am **Donnerstag den 13. Januar 1895**
 in sämmtlichen Räumen des Etablissements
Anfich 4 Uhr. Neu-Lauerhof. Anfich 4 Uhr.
 Von 4 Uhr an:
Großes humoristisches Frei-Concert
 ausgeführt von der gesammten **Hansa-Kapelle**, Dir. Köbisch.
Neu! Bockbier-Potpourri mit Gesang. Neu!
 Bräc. 8 Uhr: Aufführung der großen **Rappen-Polonaise.**
 Von 8—12 Uhr:
Großer Familien-Ball. Tanz-Abonnement 60 Pf.
Adler-Bock Restauration: **Adler-Bock**
 Seidel 15 Pf. Bockwurst und Bayrisch. Goulasch. Seidel 15 Pf.
 Der Zutritt ist nur einem anständigen Publikum gestattet.

Wieder eingetroffen.
 Im Verlage von **M. Ernst** in München ist erschienen und durch unsere Expedition zu beziehen:
Fuchsmühl.
 Eine Skizze aus dem Rechtsstaat der Gegenwart
 von **Adolf Müller.**
 Mit zwei photographischen Aufnahmen.
 Preis 20 Pfennig.

Öffentliche
Volks-Versammlung
 am **Donnerabend den 12. Januar ex.,**
 Abends 8 1/2 Uhr,
 in den **Central-Hallen, Dankwartsgrube**
Tages-Ordnung: Die Umsturzvorlage.
 Referent: Herr **Th. Schwartz.**
Der Einberufer.
 Um möglichst Allen Gelegenheit zu geben, die Versammlung besuchen zu können, wird höflichst ersucht, sonstige Versammlungen am **Donnerabend** ausfallen zu lassen.
D. D.

Gesang-Verein
„Eintracht“
General-Versammlung
 am **Sonntag den 19. Januar**
 (nicht am 12. Januar)
 bei **F. Rumohr, Marlesgrube Nr. 22.**
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
 2. Vorstands-Wahl.
 3. Verschickenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erjucht
Der Vorstand.

Blohm's Restaurant.
 Hundestraße 41.
 Sonntag den 13. Januar:
Gr. Eröffnungs-Ball.
 Anfang 6 Uhr Nachm. Ende 2 Uhr Nachts.
Entree frei.
 Hierzu ladet ergebenst ein **J. Blohm.**

Restaurant Rohwedder,
 Dankwartsgrube 13,
 gegenüber den Central-Hallen.
Heute Sonntag:
Anfich von Bock.
Unterhaltungsmusik.
 Morgen: **Bockbierfest.**
 Goulasch. Aug. Rohwedder.

Auction!
 Sonntag den 12. Januar,
 Nachmittags 2 1/2 Uhr,
 Montag den 14. Januar,
 9 1/2 und 2 1/2 Uhr anfangend,
Johannisstraße No. 63
 über: Großen Posten Körbe, Puppen, Spiele, Seifen, Schultornister, Schirmständer, Regulatoren, goldene Uhren und Ketten, Mobilien.
 NB. Weitere Zusendungen werden Johannisstraße 63 angenommen.
Joh. Bendfeldt,
 Auktionator.
Stieglitze billig zu verkaufen.
 Langer Bohweg 1.
Ein Kinderwagen zu verk.
 Bei der Lohmühle 27.
Eine kleine Wohnung zu vermieten.
 Glodengießstraße 81.
Zu sofort ein Logis
 für ein ordentl. Mädchen. Bei der Lohmühle 27.

Elektrizität und Hausindustrie.

In den weitesten Kreisen wird noch heute die elektrische Kraftübertragung für das Allheilmittel des Kleingewerbes gehalten, und kein geringerer als Werner von Siemens hat dem Kleingewerbe einen neuen Aufschwung in Aussicht gestellt, wenn diesem der Elektromotor als billige Betriebskraft zugeführt werden würde. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Kleingewerbe in den weitaus meisten Industrien dem Großbetriebe gegenüber auch dann nicht konkurrenzfähig gemacht werden könnte, wenn dem Kleingewerbe auch der beste Motor ganz umsonst zugänglich gemacht werden würde, denn weit mehr als das Vorhandensein einer motorischen Kraft kommt in diesem Konkurrenzkampfe die technische Ueberlegenheit des Großbetriebes in Betracht. Nur dem Kapital steht die moderne Wissenschaft zu Gebote, nur dieses kann wissenschaftlich gebildete Chemiker, Ingenieure, usw. engagiren, nur ihm sind die vollkommensten Produktionsmethoden, die vollkommensten Arbeitmaschinen zugänglich. Was nützt dem Handwerker der billigste, vollkommenste Motor, wenn er nicht die großen Werkzeugmaschinen damit verbinden kann, die nur der Produktion im Großen Verwendung finden können? Auch von der elektrischen Kraftübertragung wird deshalb in erster Linie das Großunternehmen Vortheil ziehen, und zwar dadurch, daß die auf der Erde vorhandenen Wasserkraft, in elektrische Energie umgesetzt, an den verschiedensten Stellen des Landes die Betriebskraft für industrielle Groß-Etablissements bilden. Von hervorragendem Interesse ist hier das Unternehmen, die Wasserkraft der Niagarafälle, in elektrische Energie verwandelt, der Industrie nutzbar zu machen und zwar in einem Umkreise, dessen Radius durch die Entfernung von den Niagarafällen bis New-York bestimmt wird. In dieser Entfernung (530 Kilometer) würden etwa 150 000 elektrisch übertragene Pferdestärken gerade noch mit der Dampfmaschine konkurriren können. Es bedarf keiner Auseinandersetzung, daß die Riesenkapitalien, die dieses Unternehmen in das Leben gerufen haben, es nicht dazu benutzen werden, das Kleingewerbe, das überdies in Amerika nur eine ganz sporadische Existenz führt, oder das kleine Kapital konkurrenzfähig zu machen.

Ohne Bedeutung für die Kleinindustrie ist die elektrische Kraftübertragung allerdings nicht, freilich in einem ganz anderen Sinne, als die berufenen Beschützer des selbstständigen Kleinhandwerkers meinen. Denn gegenüber anderen Kraftübertragungsarten gestattet die elektrische Kraftübertragung eine weitgehende Theilbarkeit, die bis zu den untersten Grenzen hinab ($\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Pferdestärke) noch wirtschaftlich vortheilhafter ist, als die Benutzung selbstständiger Motoren. Aber diese fast unbegrenzte Theilbarkeit der Betriebskraft fördert nicht das selbstständige Kleingewerbe, sondern die Cottage-Industrie, die Hausindustrie, die sehr treffend das äußere Departement des Großbetriebes genannt worden ist. Eine ganze Reihe von Industrien ver trägt nämlich ganz ausgezeichnet eine gewisse Dezentralisation, vor Allem die Textilindustrie, die Uhrenfabrikation usw. Bei der Uhrenfabrikation in der Schweiz ist die Cottage-Industrie fast vollständig durchgeführt; bei der Textilindustrie geschah das bisher

nur in bescheidenem Umfange, weil die modernen Spinnmaschinen und mechanischen Webstühle durch menschliche Kraft nicht angetrieben werden können. Nur in der Damast- und Wandweberei hat die Handweberei noch einen nennenswerthen Umfang und dementsprechend auch die Cottage-Industrie. Gelingt es aber, dem Hausweber einen billigen Motor für mechanische Webstühle und Spindeln zur Verfügung zu stellen, so wird in der Textilindustrie die Dezentralisation bald die Regel, die Centralisation aber die Ausnahme sein, denn vom Standpunkt des Unternehmers bietet die Hausindustrie weitaus größere Vortheile als die Fabrikindustrie. In der Hausindustrie hat der Arbeitstag durchaus keine Schranken, der fatale Schutz der Frauen- und Kinderarbeit kommt gänzlich in Fortfall, die Arbeiterorganisationen verlieren bei der Dezentralisation der Arbeit ihr festestes Rückgrat, und auch die Anlagelkosten für die Gebäude und Maschinen können ganz auf den Cottage-Weber abgewälzt werden, indem der Kapitalist dem „selbstständigen“ Weber oder Spinner den ganzen Betrag für sein Häuschen und seine Maschinen vorschießt und ihn dann in Raten von dem „Kaufpreise“ der gelieferten Waaren in Abzug bringt. Daß dieser „Kaufpreis“ für die gefertigte Waaren nur eine Entschädigung für die nothwendige Arbeitszeit ist, versteht sich am Rande.

In dem elektrischen Motor bietet sich nun das denkbar bequemste Mittel, den Textilarbeiter selbstständig zu machen, um ihn dann um so bequemer ausbeuten zu können.

Ein sehr charakteristisches Beispiel hierfür liefert der Bericht des Vereinigte-Staaten-Consuls über die Seidenweberei in Saint Etienne (Frankreich), welchen das Wiener Handelsmuseum in seiner Nummer vom 12. Juli 1894 zitiert.

In Saint Etienne sind ca. 18 000 Webstühle im Betriebe, von denen der größte Theil den Webern selbst gehört. Der Unternehmer tritt ihnen dort ebenso wie in Schlesien und im Erzgebirge nur als „Berleger“ gegenüber.

Die Weberei in Saint Etienne ist fast ausschließlich Handweberei. Aber die Elektricität hat auch den dortigen Unternehmern die Augen geöffnet, und bereits 60 Webstühle des Distrikts werden durch Elektromotoren angetrieben, die den nothwendigen Strom von der Edison Electric Cy geliefert erhalten.

Die Erfahrungen mit den elektrisch angetriebenen Webstühlen sind außerordentlich günstig ausgefallen insofern als jeder Stuhl 25 Prozent mehr zu leisten im Stande ist als beim Handbetriebe, jeder Weber aber zwei Stühle gleichzeitig zu beaufsichtigen vermag. Deshalb hat sich denn auch die Edison Electric Cy erboten, die zahlreichen Webstühle des Distrikts in gleicher Weise wie die bis jetzt elektrisch betriebenen Webstühle mit elektrischer Betriebskraft zu versehen.

In unmittelbarer Nähe des Dorfes St. Victor-sur-Loire, ca 8 Meilen von Saint Etienne, ist bereits eine ausgedehnte elektrische Anlage errichtet worden, die mit Hilfe von 3 Turbinen der Loire ca. 900 Pferdestärken entnimmt. Nach den Offerten der Edison Electric Cy sollen die Ausgaben per Stuhl 350 Fr. einschließlich Dynamo und Transmission betragen, wofür der Bewegungsmechanismus in den Besitz des Webers übergeht, der außerdem noch 10 Fr. per

Monat und Stuhl für Instandhaltung des maschinellen Theils seiner Anlage zu zahlen hat.

Unter dem Scheine der Antheilnahme an den „selbstständigen“ Kleinmeistern wird es auf diesem Wege gelingen, die Ausbeutungsrate des „Meisters“ noch erheblich zu steigern. Und wie in diesem Falle, so wird in allen analogen Fällen der Elektromotor auch das Kleingewerbe nicht heben, sondern es vielmehr in dauerndere und sichere Abhängigkeit vom Großkapital bringen, als es bisher möglich gewesen ist.

Dr. Heinr. Lur.

Soziales und Partei-Leben.

Ein städtischer Arbeitsnachweis wird demnächst in Dessau nach dem Beschluß des Gemeinderaths ins Leben treten. Der Gemeinderath bewilligte die hierzu nöthigen Mittel.

Eine Statistik des Glends. Wieviel Arbeitslose sich auf der Landstraße befinden mögen, davon giebt die amtliche Aufstellung über die Verpflegungsstationen im Regierungsbezirk Arnberg ein ungefähres Bild. Darnach sind in der Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 30. September 1894 67,865 Personen verpflegt worden, und zwar auf allen Stellen außer dreien auf Grund vorübergehender Arbeitsleistung, die in Arnberg, Brilon und Siegen im Straßentehren, in Dortmund im Zerleinern von Holz und Schlacken, in Bochum im Steinklopfen und in den übrigen Orten im Holzzerleinern bestand.

Aus Nah und Fern.

Im neuen Reichstagsgebäude. Erster Abgeordneter: Zimmer und Säle haben wir ja hier genug, aber ich vermisse Putz-Kammern. — Zweiter: Nun, dafür haben wir ja einen recht schönen Kellner.

Verzweiflungsthat eines Ehepaares. Berlin. Am Sonnabend Nachmittag hat der ca. 41 Jahre alte Bankhalter Gustav Kreibitz zuerst seine 34jährige Gattin Adolfine mit ihrem Einverständnis durch einen Schuß in die Herzgegend getödtet und dann sich selbst eine Kugel aus einem Revolver in die rechte Schläfe gejagt. Kreibitz war seit etwa 20 Jahren in dem Bleichröder'schen Bankgeschäft thätig und seit 13 Jahren verheirathet. In der ersten Zeit seiner Ehe hat er entgegen dem Verbot selbstständig Spekulationsgeschäfte an der Börse betrieben. Dies ist kürzlich bekannt geworden und hat jetzt zu der Entlassung Kreibitz's geführt. Aus Scham darüber und aus Sorge um die Zukunft haben die Eheleute beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Sonnabend Nachmittag hatten sie den Vater der Frau, den Rentner Bosse, sowie deren Schwager, den Bäckermeister Jessel, von dem Vorhaben benachrichtigt. Als diese Verwandten in der Wohnung ankamen, lagen beide Personen schon todt in ihren Betten.

Platow. Der von hier stammende Man Bosse von der 5. Eskadron des Ulanenregiments Nr. 9 ist durch kriegsgerichtliches Erkenntniß wegen militärischen Auftrags in 2 Fällen und wegen Bedrohung eines Vorgesetzten mit Entfernung aus dem Heere und 6 Jahren Zuchthaus bestraft worden.

Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

6.

Es ist ein bedauerliches Symptom menschlicher Herzensbosheit, daß die Kurzsichtigkeit des Mitmenschen — die körperliche sowohl als auch die geistige — so gern mit der Laune des Spottes übergossen wird. Das Pince-nez zur Verschärfung der Sehkraft wird böswilliger Weise für das Zeichen eines affectirten, renommierten Wesens erklärt, und man behauptet, daß es nicht des Glases, sondern der Einfassung wegen getragen würde. „Er hat sich ein Glas in's Auge getreten,“ sagt der biedere Berliner, wenn er an einem Iorgnettirenden Jüngling vorübergeht, und wenn er eine würdige Dame mit blauer Brille zu Gesicht bekommt, so murmelt er etwas wie „Brillenschlange“ und lachert. Und doch ist die Kurzsichtigkeit ein so weitverbreitetes Uebel, daß sie fast als Normalzustand erscheint, und daß nach wenigen Jahren ein Mensch ohne Brille eine Aufsehen erregende Erscheinung sein wird, dem die Straßenjugend nachläuft. Vielleicht bringt es die Menschheit mit Hilfe ihres Anpassungsvermögens noch einmal dahin, daß die jungen Erdenbürger schon bebrillt das Licht der Welt erblicken — allerdings für die Kunst der Brillenmacher eine betrübende Aussicht.

Die geistige Kurzsichtigkeit ist ein nicht minder weitverbreitetes Uebel und es ließe sich viel von dem Spott erzählen, den die „Armen im Geiste“, die geistig Blinden, welche mit ihrem geistigen Auge nicht über die Nasenspitze hinausschauen können, erdulden müssen von ihren

„helleren“ Mitmenschen. Leider sind bisher für sie noch keine Brillen entdeckt, aber der menschliche Erfindungsgeist wird ohne Zweifel in nicht allzu ferner Zukunft auch dies Problem lösen und eine Geistesbrille erfinden, die den berühmten Nürnberger Trichter an Wirkung noch übertreffen wird.

Für das leibliche Auge ist schon heutigen Tages ausreichend gesorgt, aber was rügen alle Brillen und Bognons und Pince-nez der ganzen Welt, wenn das geistige Auge dem leiblichen nicht nachhilft?

Das empfand Anita's Tante, Freiin Leocadia von Seeberg, geb. Horstmann, in jenen Tagen bitter. Trogdem sie außer einer blauen Brille noch einen scharfen „Nasennasser“ ihren Augen als Unterstützung lieh und mit doppelt bewaffneten Sehorganen ihre Nichte beobachtete, so blieb es ihr dennoch unklar, worin die merkwürdige Veränderung in deren Wesen ihren Grund habe. Wenn die Tante Anlage zur Poesie gehabt und eine bilderreiche Sprache geliebt hätte, so würde sie vielleicht gesagt haben: die Anita ist wie eine Rose, die, von dem Sonnenstrahl geküßt, plötzlich ihre Hülle gesprengt und sich voll und ganz dem belebenden Lichte erschlossen hat. Aber Tante Leocadia war eine durchaus prosaische Natur, sie hatte nichts von Poesie im Besitz außer ihrem Namen, welcher noch dazu von dem Hauspersonal in „Concordia“ verdreht worden war. Ihre einzige Schwärmerei hatte vor Jahren der siebenzackigen Krone gegolten, die sie seit ihrer Hochzeit in den Wäscheküsten trug, und da sie neidlos genug war, ihrer Nichte ebenfalls ein solches Glück zu gönnen, so kam ihr deren verändertes Wesen theils erfreulich, theils bedenklich vor. Erfreulich, weil die Möglichkeit vorlag, daß das junge Mädchen seit einigen Tagen so hell in's Leben blicke, und daß ihr silberhelles Lachen in den Korridoren des

alten Hauses so fröhlich widerhallte, weil der Antrag des Herrn Lieutenants Max August Constantin von Eberbach-Kauhorst ihr junges Herz entzückte — bedenklich, weil diese Vermuthung eben nur eine Vermuthung war. So viel auch die Tante, um Gewißheit zu bekommen, ihre geistigen Fühlhörner ausstreckte und die Nichte sondirte, diese wich ihr mit der Geschicklichkeit eines Nals aus, lachte heiter und hüpfte fort . . . verrieth aber nichts.

O, es ist etwas Geheimnißvolles um das Herz eines liebenden Mädchens und die Tante ließ manchen Seufzer fahren über das introyable Benehmen ihrer Nichte. Aber die vereinigten Seufzer eines ganzen Regiments alter Damen bewirken bei einem jungen Mädchenherzen bei weitem nicht Dasjenige, was ein einziger Seufzer eines einzigen jungen Herrn spielend fertig bringt.

Hatte die sorgende Tante nur ein einziges Mal einen Blick in das verschwiegene Dunkel der Laube werfen können, sie wäre fernerhin nicht mehr im Zweifel gewesen über das veränderte Wesen ihrer Nichte. Aber kein glücklicher Zufall kam ihr zu Statten und eine Ueberumpelung der beiden Liebenden war völlig ausgeschlossen. Paul und Anita hatten den alten Lebrecht in ihr Vertrauen gezogen und dieser ging in einiger Entfernung von der Laube auf und ab wie eine Schildwache. Alles, was ihm verdächtig erschien, meldete er durch ein leises Hüpfeln an, und einen treueren Wächter hätte „das kleine Mädchen“ für ihr Geheimniß nicht finden können. Während die Liebenden wonneschwellend koseten und plauderten, daß ihnen die Stunden wie Minuten verflögen, vertrieb sich der Alte die Zeit mit der „feinen Havana“, die er der Munizipal Paul verdankte, oder mit der „erzellenten Brise“, die ihm Anita verehrt hatte. Nebenbei stellte er

Nittergutsbesitzer und Nachtwächter zugleich. Aus einer kleinen thüringischen Stadt berichtet man den „Mensch. Neust. Nachr.“ folgendes heitere, als wahr verbürgtes Vorkommniß: In der weiteren Umgebung unferer Stadt kaufte vor einigen Jahren ein noch sehr jugendlicher Rentier von hier ein Rittergut, das er nun schlecht aber nicht recht bewirthschaftete, so daß die Wirthschaft seitdem den Krebsgang geht, und verscherte sich im Uebrigen, durch sein brutales, prophanes Auftreten, gar bald die Sympathien des hiesigen Landvolkes. Kürzlich fand nun eine Gemeindeversammlung statt, um über die Neubesehung des Nachtwächterpostens zu beschließen. Man entschied sich für einen tüchtigen Bewerber, der allerdings statt des bisherigen Gehaltes von 180 Mark für das Jahr deren 200 forderte. Da erklärte der allzeit freituchtige Herr Rittergutsbesitzer in der Hitze des Wortgefechts, die Zulage sei völlig ungerechtfertigt; für 180 Mark würde er selbst den Dienst versehen. Sprach's und verließ empört die Gemeindebeschlüsse. Seine Anregung war aber auf fruchtbarerem Boden gefallen: die Versammlung sah von der erst ins Auge gefaßten Kandidatur ab und wählte einstimmig den Herrn Rittergutsbesitzer zum Ordnungsnachtwächter nach Maßgabe des alten Kontrakt-Verhältnisses!

Karlruhe. Einen Einblick in die Nachseiten der Menschheit gewährte die Verhandlung der Strafkammer gegen 12 Angeklagte, von denen 11 dem weiblichen Geschlecht angehörten. Diebstahl und Unterschlagung, gewerbmäßige Hehlerei und Kuppelerei, begangen durch zwei Mütter an ihren noch nicht 14 Jahre alten Kindern, bildeten die Vergehen gegen welche sich die Angeklagten zu verantworten hatten. Die Hauptpersonen sind die 13jährige Marie Bühler, und die 15-jährige Johanna Kappaport, zwei vorkommene Geschöpfe, von denen das erstere bereits zwei Männer wegen Verbrechen gegen § 176, 3 R.-S.-G.-B. (Unzüchtige Handlungen mit Kindern) ins Gefängniß gebracht hat, — beides Geschöpfe, bei denen weder Gesichtsbildung noch körperliche Entwicklung zu sinnlichem reiz Veranlassung geben können. Diese unreifen Dirnen haben im Frühjahr und Sommer verflohenen Jahres den 81jährigen verwittweten Rentner Doyen, der von medizinischen Sachverständigen als ein blödsinniger Mann erklärt wird, der über Sittlichkeit und Recht kein Urtheil habe, bestohlen und betrogen und ihn um sein Gesamtvermögen gebracht, das gegen 20,000 Mk. betragen haben soll. Doyen verkehrte gern und viel mit Dirnen, von denen die beiden Angeklagten die Hauptrolle spielten. Sie haben dem alten Manne fingirt oder auch schon gebrauchte Rechnungen vorgelegt und Zahlungen erhalten, sie haben ihm eine Kaffete mit Werthpapieren gestohlen, von denen allerdings ein Theil zurückgebracht wurde, da die verworfenen Mütter den Verkauf nicht riskirten; sie haben auch sonst ihr Opfer bestohlen und betrogen, wo es nur anging. In ähnlicher Weise, wenn auch mit geringen Beträgen, hat sich eine weitere Anzahl junger Mädchen und Frauen an dem alten Mann vergangen. Mit diesem verbrecherischen Treiben war Hehlerei der Mutter der Bühler und den Eltern der Kappaport verbunden, wobei der ersteren auch die indirekte Verklüpfung der Tochter nachgewiesen wurde. Der Gerichtshof verurtheilte die Marie Bühler und die Johanna Kappaport zu je 3 Jahren 4 Monaten Gefängniß, Frau Bühler zu 5 Jahren und die Eheleute Kappaport zu 3 Jahren Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten, die als Prostituirte zum

Theil erhebliche Vorstrafen aufwiesen — eine Angeklagte war 68 Mal vorbestraft — erhielten Gefängnißstrafen von 1 Jahr 6 Monaten bis zu 1 Monat.

Eine Freundin Lassalle's. In Falta in der Krim ist vor wenigen Tagen, nach der „Frk. Zeitung“, Frau Sonja Solzew im hohen Alter gestorben. In ihrer Jugend lernte sie Ferdinand Lassalle kennen und gewann die Zuneigung des berühmten Sozialisten. Lassalle stand mit seiner russischen Freundin in regem Briefwechsel. Sonja Solzew blieb den Idealen Lassalle's bis zu ihrem Tode treu. Sie war außerdem sehr wohlthätig und widmete ihr Leben und ihr großes Vermögen den Armen und Unglücklichen. Während des jüngsten serbischen Krieges organisirte sie auf ihre Kosten ein Spital für Verwundete. In ihrer Heimath gründete sie zahlreiche Schulen, Lesehallen und andere Wohlthätigkeits-Anstalten für das Volk. Sie selbst ist in tiefster Armuth aus dem Leben geschieden.

Fräulein Bräutigam. Ueber eine Gerichtsverhandlung, die nicht verfehlt hat, einiges Aufsehen zu erregen, wird der „W. A. Z.“ aus Warschau berichtet. Eine gewisse Marianna Switkiewicz, ein nicht mehr ganz junges Mädchen, ließ sich eines schönen Tages die Haare kurz schneiden, legte Männerkleider an und gab sich für einen Mann aus. Sie nannte sich Mieczyslaw Nawrocki und suchte unter diesem Namen Bekanntschaften mit Mädchen anzuknüpfen. Besonders waren es Dienstmädchen oder Ladenmädchen, denen sie ihre Liebe erklärte und oft auch die Ehe versprach. Es fehlte ihr nicht an Heirathslustigen und Leichtgläubigen. Die Absicht der Switkiewicz ging dahin, diesen Mädchen Geld herauszulocken, was ihr auch meistens gelang. Sie begleitete den Gegenstand ihrer „Liebe“ auf Spaziergängen, in's Theater oder andere Belustigungsorte, und bei dieser Gelegenheit entlockte sie der Vertrauensfertigen ihre Ersparnisse, indem sie vorgab, des Geldes für die Vorbereitungen zur Heirath zu bedürfen. Die leichtgläubigen Mädchen schöpften keinen Verdacht und gaben gerne ihre sauer erworbenen Ersparnisse her; war es doch ihr Bräutigam und bald ihr Gatte! Eines Tages erblickte ein Mädchen, mit der die Switkiewicz ein „ehrbare“ Verhältniß angeknüpft hatte, ihren Bräutigam auf der Straße, aber in — Damenkleidern. Als sie ihrer Verwunderung über diesen Kostümwandel Ausdruck gab, vertraute ihr die Switkiewicz unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, sie sei Agent und als solcher im Interesse des Geschäfts oft gezwungen, in Damenkleidern zu erscheinen. So lange die Switkiewicz bei ihren Opfern Geld vermutete, spielte sie die Bräutigamsrolle fort, war aber das Geld alle, dann verduftete sie. Endlich kam aber die Sache doch auf, und das Fräulein Bräutigam wanderte in's Gefängniß. Daß die Switkiewicz so lange Zeit hindurch ihre schauspielerischen Talente verwenden konnte, läßt sich nur dadurch erklären, daß sie ihren Bräuten öfters mit Schlägen gedroht hat und diese sich vor ihrem Ebräutigam fürchteten. Der Einfluß der Switkiewicz auf ihre Opfer war so groß, daß diese, als Zeuginnen vor Gericht genommen, nichts ausfagten, was die Angeklagte belasten konnte, so daß der Richter, trotz aller gegen die Switkiewicz sprechenden Umstände sie wegen Mangels an Beweisen freisprechen mußte. Als das Fräulein Bräutigam den Gerichtssaal verließ, sagte sie: „Wenn ich auch diesmal glücklich entwischt bin, so werde ich es doch nicht wieder thun!“

philosophische Betrachtungen an über die Flüchtigkeit der Zeit. Dasselbe kleine Nitsch, welches jetzt in den Armen des Geliebten ruhte, hatte er noch vor wenig Wochen — so schien es ihm — auf seinen Armen geschaukelt und am Gängelbände geführt. Er spielte in dem Liebesroman der beiden Kinder dieselbe Rolle, welche anderwärts herkömmlicher Weise die Amme übernimmt. Und wie füllte er seine Stelle aus! Der neunköpfige Cerberus kann das Höllenthor nicht mißtrauischer bewachen als er den Eingang zur Laube; er war der Drache Fasner, welcher den Riblungenhort hütet, der Cherub mit flammendem Schwerte, welcher vor der Pforte des Paradieses steht. Er mußte, was auf dem Spiele stand, wenn die Tante einen Einblick gethan hätte in die eleusinischen Mythen der Laube und darum stand er auf seinem Posten ausdauernd und treu.

Aber wenn auch kurzichtig, so war das Gehör der Tante desto feiner entwickelt. An einem Sonntagmorgen war es. Die Familie saß beim zweiten Frühstück, da bekam Paul einen Brief von seinem Onkel in Bonn. Der Brief enthielt die Einladung zur Theilnahme an der Hochzeitsfeier der ältesten Tochter desselben. Der Kaufmann, den Paul sofort von dem Inhalt des Briefes in Kenntniß setzte, meinte gutmüthig: „Sie müssen die Einladung unbedingt annehmen, Paul. Ich werde Ihnen einen Urlaub von acht Tagen geben, damit Sie bei dieser Gelegenheit zugleich einen Abstecher rheinwärts machen können.“

„Acht Tage?“ — ein leiser Seufzer entfloß Anitas Lippen, so leise, daß er für Jeden im Zimmer verloren ging, nur für das scharfe Ohr der Tante nicht.

„Und wann wird die Hochzeit stattfinden?“ fuhr der Prinzipal fort, indem er Pauls Dankesäußerungen mit einer Handbewegung ablehnte.

„Kommenden Freitag, Herr Kurzberger.“

„So bald schon?“ fragte die Tochter.

„Wie mir mein Onkel schreibt, ist der Termin einige Wochen früher angesetzt worden, als es ursprünglich beabsichtigt war. Der Bräutigam meiner Kusine ist

Postbeamter und soll in wenigen Tagen versetzt und befördert werden. Er wird jetzt Postmeister in Ravensburg.“

„Sie werden also Donnerstag reisen müssen,“ sagte Kurzberger. „Benutzen Sie nur die acht Tage weiblich, eine Ausspannung wird Ihnen gut thun. Heutigen Tages kann man in wenigen Tagen ein gutes Stück von der Welt sehen und der Vater Rhein verdient es, daß man sich seiner erfreut.“

Das Gespräch verbreitete sich über die Schönheit des Ober- und Mittelrheins und seiner romantischen Seitenthäler. Kurzberger, welcher augenscheinlich heute Morgen ungemein geprägt war, erzählte von seinen Fußtouren, die er in jungen Jahren rheinauf und rheinab unternommen. Es behagte ihm dies Herumtöbren in angenehmen Erinnerungen sichtlich und an Paul fand er einen eifrigen Zuhörer.

Anita hörte nur mit halbem Ohr zu, ihr lag die bevorstehende Trennung, welche acht lange, lange Tage dauern sollte, bereits schwer auf der Seele. Die Tante Leocadia achtete ebenfalls wenig auf das Gespräch, ihr lag der eben vernommene Seufzer im Sinn. Warum seufzte ihre Nichte bei der Mittheilung, daß der junge Mann einen achttägigen Urlaub genießen solle? War es vielleicht Zufall? Oder galt der Seufzer dem Gedanken, daß acht kostbare Arbeitstage dem väterlichen Geschäfte verloren gehen würden durch den Müßiggang eines Buchhalters? Oder hatte sich der Seufzer um einige Sekunden verspätet und war eigentlich ein solcher Seufzer, wie ihn jedes heirathsfähige Mädchen ausstößt, wenn von einer anderen Hochzeit als ihrer eigenen die Rede ist? Die Tante konnte derartige Seufzer aus eigener Praxis; sie war ja schon sehr heirathsfähig, als ihr das Glück zu Theil wurde, die Gemahlin des Hauptmann Balduin von Seebach zu werden und mit ihrem Vermögen dessen Wappenschild neu vergolden zu dürfen, an welchem der Zahn der Zeit genagt hatte und auf welchem einige „kaum nennenswerthe“ Schulden als häßliche Rostflecke lagen.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei der Partekasse folgende Beiträge ein:

Alexandrette 5,— Augsburg, durch den Vertrauensmann 50,— Apolda, D. St., V. zum „Ansturz“ 20,— Annweiler, Siedelfabrik 1,50. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 300,— (darunter Holzwaren 3,—, Wascelst 5,—). 3. Kr. 500.— 4. Kr. (Df.) 1000,— (darunter Kernspitze 30,—). 5. Kr. (Südost) 700,— (darunter St. 26, Konjum 12,35). 6. Kreis (Danienburger Vorst.) 200.— 6. Kr. (Moabit) 300,— (darunter Heberschuh v. „Vorwärts“ 100,—). Berlin, div. Beitr.: A. B. 50, P. S. 50,—, U. G. 20,—, Dr. U. 20,—, Rother Weltzien 10,—, W. U. 10 2,—, Dichter und Umstürzer 10,—, Milos voluntarius 1,—, Prozeß 20,—, Ungenannt 50,—, Raffegeld 1,—, Ueberschuß vom Neuen Weltalender, Holmannstraße, 16,—, Sächsischer Staatsangehöriger in Moabit 20,—, Rother Wächter Grünstraße 5,—, Arbeiter der Firma Rolle u. Bender 15,70, Bierprocente der Bronzewaaren-Fabrik Ritterstraße 137,75, Frühlingluft, amerikanische Auktion 4,50, Amerikanische Auktion Sandstr. 1,55, Moabit, Vierprocente Maschinenbauer 5, Kr. 167 1,—, Von einem sozialdemokratischen Postbeamten durch K. 5,—, Rother Kindtaufe, Möhner, Draußenstr. 200 5,40, Bierprocente aus der Wieserei Brünnstraße 25 5,—, Metzlarbeiter bei Schuster und W. 4,70, Arbeiter bei Schuster und W. 10,17, Ges. am Schvester bei Lehmer, Breslauerstraße 20a, 6,55, Tugendbund 7,—, Von zwei Genossinnen 2,—, Vorkassend, Verteilung einer Zigarre 1,20, Wetzlg, amerikanische Auktion 4,40, Buzslau, vereinigte Maurer 20,—, Bremen, von einer geb. Gesellschaft 2,70, Boppard, 3,—, Cottbus, S. 10,—, Crefeld, C. 5,—, Grimmitzschau, von den lustigen Bieren an der Moritzstraße 2,—, Cassel, gesammelt bei dem Stiftungsfest der Holzarbeiter v. W. 3, 2,20, Cottbus 100,—, Cassel, amerik. Auktion im Volkstheater 2,80, D. i. Wgtl. v. einer roten Hochzeit 2,—, Dölan bei Greis, Grabstein des aufgelisten Gesangsvereins 5,05, Eberfeld-Sonnborn, die roten Brüder 2,50, Falckenberg (Obersch.) 2,—, Finsterwalde 10,—, Flensborg 50,—, Freiwaldau 8,— (darunter vom roten Fest bei H. W. 2,—), Freiburg im W. 5,—, Gersfeld, freie Sänger 10,—, Gräblich bei Solingen 30,—, Gera 50,—, Gießen 10,—, Hohenstein-Ernstthal, mehrere Parteigenossen 4,05, Hamburg, Personal der Tabakarbeiter-Genossenschaft B. W. 100,—, Hanbur-Barmbeck, gesammelt auf einer Wahlzeit 6, Sparkl. Wehnachten d. J. 4,05, Hagen-Schwelm, „Volkstribüne“ 100,—, Hamburg, rother Geburtstag Steinmann 7,5, H. 1, 8,65, Hamburg-Eimsbüttel, von den Angelegten der Tabakarbeiter-Genossenschaft Schaeferstraße 19 18,55, Hamburg, humanität, Martinhalle 13,—, Kuppelendorf, Volksversammlung, durch W. Mg. 7,05, Kappel-Chemnitz, Ueberschuß vom Leichenstein des Produkten-Vertheilungs-Vereins 1 14,14, Kall bei Köln (Landkreis) 100,—, Königsberg i. Pr., K. M. 20,—, Karlruhe, Stammgäste der Platane 9,—, L. J. W. 172,—, Lechhausen 10,—, Lamprecht 10,—, Lötzen, solche, die den 1. Mai nicht feiern können 7,—, Lengsfeld im Wgtl. 15,—, L. L. 100,—, Müskau-Weißwasser 10,—, Meseritz 1,90, Masuren, Graf aus 15,—, Magdorf (Rheinpfalz) 10,—, Neuenhof bei Nowawes, P. 1,—, Reisse, gesammelt durch P. (darunter zwei Neustädter Genossen) 10,—, Neustadt in S., von rothen Brüdern 4,60, gesammelt in einer rothen Gesellschaft 1,—, Summa 5,80, Neubamm, zielbewußte Genossen 4,—, auf einem Bau gesammelt 3,40, Summa 7,40, Nowawes-Neuenhof, Schvester-nacht, Lindenstraße 2,70, Ohligs, durch den Vertrauensmann 30,—, Oespel, Mey 20,—, Oßlau 20,—, Oberhausen bei Augsburg 10,—, Offenburg i. W. v. d. „Gesellschaft“ 11,—, Pforzheim 10,—, Pirmberg, von den Sängern bei einem rothen Poterabend 8,40, Benig, alte Garbe 15,—, rothe Kindtaufe 3,—, Summa 18,—, Sodingen, rothe Kindtaufe — 60,—, St. Gallen 20,—, Schaffe 3,—, Sonnenburg 15,— (darunter Volksversammlung 6,50) Sagan, Hochzeits-Einnahmen 6,60, Schüren bei Aplerbeck, Ueberschuß einer Kranzspende 6,80, Sonneberg, Ausflug nach Cottendorf 1,40, gesammelt in der Wirthschaft von König und Bauer durch Kaufmann 5,20, Summa 6,60, Tempelhof, Ueberschuß vom „Wahren Jakob“ von den Genossen 14,15, Uhu, gesammelt von den rothen Sängern auf dem Kuhberge 2,—, Wertler 3000,—, Würtemberg 500,—, Wirsin, v. d. Notzen auf der Zentralherberge 3,50.

Berlin, den 7. Januar 1894.
Für den Parteivorstand
H. Gerisch, Rakbachstraße 9, 1 Treppe.

Oder sollte ihre Nichte — incroyable en vrai! — sollte sie vielleicht — die Tante wagte diesen Gedanken nicht zu Ende zu denken. Forschend führte sie das Pincenez an die blaubeirillten Augen, und mit dieser doppelten Bewaffung betrachtete sie das ahnungslose junge Mädchen. Ohne jedes positive Ergebnis. Die Augen setzten ihre Forschungsreise fort und ruhten auf dem Jüngling, der grade an der Hand seines Prinzipals den Drachensfels im Geiste bestieg.

„Seit die Engländer und ihre Ladies die Ufer des Rheins frequentiren,“ sagte Kurzberger, „hat eine Rheinreise viel von ihrer Romantik verloren. Ueberhaupt zieht sich die Romantik vor dem Geräusch der Eisenbahnen und dem Pochen der Dampfhammer immer mehr zurück. — Sogar auf den Drachensfels führt bereits eine Eisenbahn.“

„Paul wird den Drachensfels sicherlich noch nach dem alten Pitus per Esel besteigen,“ lächelte Anita. „Bergessen Sie übrigens nicht Paul, sich auf der Höhe photographiren zu lassen und mir eine Photographie als Erinnerung an Ihre Rheinreise mitzubringen.“

„Recht gern, Fräulein Anita, wenn ich nicht befürchten müßte“ — die Tante horchte auf — „Ihren Schönheitsfuss zu beleidigen durch eines jener Sudelbilder, welche unter dem Namen amerikanische Schnellphotographien verschrieen sind.“

„Unsinn, Paul, es wird ein herrliches Bild werden“ — die Tante lauschte noch gespannter, sie spitzte förmlich die Ohren (wenn ein solches Bild ihr gegenüber statthalt ist). — „Ich habe schon mehrfach Produkte des Drachensfels-Künstlers zu bewundern Gelegenheit gehabt. An einen Esel gelehnt, tritt der oder die Reisende dem Beschauer entgegen, der unvermeidliche Entoucas ist aufgespannt, der Gut sitzt keck auf einem Ohere. — Die Sprecherin schaute Paul so genau an, als ob er ein Bild wäre in jener Stellung, die ihr so sehr gefiel. Auch die Tante musterte ihn eingehend.

(Fortsetzung folgt.)